

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich Abends. Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Tdr. — Inserionsgebühr für den Raum einer Seite 2 Rgr.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt a. M. Nationalversammlung, die Grundrechte. Störung. Frankfurt a. M. Straßenkampf. + Dresden. I. Kammer, die Aufhebung der Stifter und Klöster. II. Kammer, Chemnitz-Niesauer Eisenbahn. Chemnitz. Bekanntmachung. München. deutsch-katholische Versammlung. Volksversammlung in Neuberghausen. Hr. v. d. Lann. Kassel. Staatsräthe. Altona. Die interimistische Regierung. Die Reichstruppen. Schwerin. Das Ministerium. O Neu-Strelitz. Die Bewegung gegen das Wahlgesetz. — Dänische Fregatten vor der Weser.

Preußen. Berlin. Armeebefehl des Generals Wrangel. — Gouvernementsbefehl an die Truppen in Berlin. A Berlin. Nationalversammlung. Präsidentenwahl. + Berlin. Der Armeebefehl. Das Gesetz zur Sicherung der persönlichen Freiheit. Mieroslawski. B Berlin. Die Ministerkrise; Bewegung; die entlassenen Arbeiter; Vorkehrungsmaßregeln. + Berlin. Ansprache an die Soldaten; Parade. + Berlin. Schlägereien; der Armeebefehl Wrangel's. Berlin. Der Armeebefehl. Die Landwehr. + Posen. Die Polen. Die Bürgerschaft. Stettin. Unruhen in Laffan. Der pommerische Communallandtag. Münster. Hr. Fraling. Köln. Hr. v. Wittgenstein.

Oesterreich. + Pesth. Graf Teleki geht zum Ban Jellachich über; Erzherzog Stephan stellt sich an die Spitze des ungarischen Heeres. Pesth. Aufruf des Grafen Batthyanyi. Presburg. Bewegung. Finkkirchen. Festung Esseg. Triest. Französische und englische Kriegsschiffe vor Triest.

Schweiz. Bern. Tagtagung.
Handel und Industrie.
Ankündigungen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 18. Sept. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wird um 9 1/2 Uhr durch den Präsidenten H. v. Gagern eröffnet. Mehrere Reclamationen gegen das Protokoll der letzten Sitzung werden von den Abgg. Schaffrath, Rüder und Schoder erhoben. Abg. Blum rectificirt gleichfalls eine Stelle des Protokolls in Betreff der zweimaligen Abstimmung über die Trennungsfrage des Majoritätsantrags und bezeichnet den Herzog von Augustenburg als einen der Zuhörer, welche während dieser Abstimmung die Sitze der Abgeordneten eingenommen hatten. (Unruhe.) Der Präsident droht, die Galerien räumen zu lassen, und weist des Abg. Wigard Verweisung auf die Geschäftsordnung zurück, worauf Abg. Wigard von der Rednerbühne sich rechtfertigt. Abg. Hartmann verlangt, daß im Protokolle angeführt werde, obige Abstimmung habe nur eine Majorität von zwei Stimmen gehabt. Vicepräsident v. Soiron, welcher der letzten Sitzung präsidirt hatte, bemerkt hierauf, daß diese geringe Majorität in ihrer Abweichung zur ersten Abstimmung durch Abwesenheit der Mitglieder und Sinnesänderung entstanden sein könne. Abg. Berger erwähnt, daß der Präsident mit dem Beginnen der Rede des Abg. Heckscher den Vorstoß an Hr. v. Soiron abgetreten habe, und verlangt desfallige Bemerkung im Protokoll. Der Präsident widerlegt den Redner, indem er erklärt, daß er nur deswegen Hr. v. Soiron mit dem Vorstoß beauftragt habe, weil er an der Debatte Theil nehmen wollen, welche Absicht er jedoch der großen Rednerzahl wegen später wieder aufgegeben habe. Einer eben gemachten Mittheilung zufolge habe der Herzog von Augustenburg nicht auf einer Abgeordnetenbank, sondern auf dem für die Zuhörer bestimmten Plage sich befunden. Es wird ein Schreiben des Reichsministers des Innern an den Präsidenten der Reichsversammlung verlesen, daß, nachdem der Vicepräsident v. Hermann das ihm zur Bildung eines Ministeriums übergebene Mandat zurückgegeben, das interimistische Reichsministerium sich bereit erklärt habe, die Führung sämtlicher Regierungsgeschäfte mit voller Verantwortlichkeit bis zur Ernennung eines neuen Cabinets fortzuführen. Inzwischen sind die auswärtigen Angelegenheiten dem Reichsminister des Innern, Hr. v. Schmerling, und das Portefeuille für die Finanzen dem Handelsminister v. Dudaus übertragen worden. Abg. Berger interpellirt den Kriegsminister wegen der militairischen Besetzung des Platzes bei der Paulskirche und der Artillerieaufstellung in Bodenheim. Minister v. Schmerling: Auch ohne diese Interpellation würde sich der Reichsversammlung eine Anzeige über diesen Gegenstand gemacht haben. Die vorgestrichen Ereignisse sowie die gestrigen sind bekannt. Der Senat der freien Stadt Frankfurt hat Anlaß genommen, dem Reichsministerium eine Zuschrift zuzustellen, worin er

gegen diese Behörde die Ansicht ausspricht, daß in Erwägung der gegen Mitglieder der Nationalversammlung öffentlich ausgesprochenen Achtung und in Ansehung neuer Zugänge von Menschenmassen Vorkehrungen zum Schutze der Reichsversammlung und zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe zu treffen seien. Das Reichsministerium habe es, gestützt auf diese in der heutigen Nacht ihm zugekommene Mittheilung, für seine Pflicht gehalten, die geeigneten Maßregeln zu treffen und zum Schutze der Versammlung Reichstruppen aus Mainz zu requiriren. Die Versammlung könne darum auf Handhabung der Ordnung rechnen; außerhalb des Hauses möge man aber bedenken, daß jeder Angriff auf dieselbe ein Hochverrath sei. (D. P. A. B.)

— **Frankfurt a. M., 18. Sept.** Die tumultuarischen Vorgänge der Nacht vom 16.—17. Sept., welche dem Beschlusse wegen Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes folgten, sowie die Beschlüsse der gestrigen Volksversammlung, welche die Mitglieder der ehegestrigen Majorität für Verräther am Vaterland, an seiner Ehre und Freiheit erklärten, was heute durch eine Deputation der Reichsversammlung selbst mitgetheilt werden sollte, haben den Senat der freien Stadt bewogen, eine Truppenheranziehung zu beantragen. Das betreffende Schreiben des Senates wurde in der Paulskirche vom interimistischen Minister des Innern vorgelesen. Ein Bataillon Oesterreicher und ein Bataillon Preußen sind in Folge dessen in vergangener Nacht angelangt und haben die Umgebung der Paulskirche wie sie gekommen, d. h. mit Saak und Pack, besetzt, ohne abtreten zu können. Die sämtlichen Strafen um die Paulskirche herum waren besetzt und abgesperrt, ohne daß jedoch den Einzelnen der Durchgang verwehrt war; die Abgeordneten sammelten sich allmählig und wurden theilweise, d. h. soweit sie zur Linken gehören, freudig begrüßt; die Strafen waren jedoch nur von Neugierigen angefüllt; die „Stürmer“ sah man noch nicht. (Wir geben hierzu die uns zugegangenen, unter dem Eindrucke der Ereignisse verfaßten Berichte, die bis zum 18. Sept. nach 6 Uhr Abends reichen.)

Frankfurt a. M., 18. Sept. Der gestrige Tag ist ruhig vorübergegangen, wie viele Besorgnisse wegen Unruhen auch vorhanden waren. Die Volksversammlung gestern Nachmittag auf der Pfingstweide war von 10—12,000 Menschen — man sagt zwar 20,000, aber das scheint übertrieben — von hier, von Hanau, Offenbach, Mainz und andern Orten besucht und in der aufgeregtesten Stimmung. Abgeordnete waren nur einige von der äußersten Linken dabei, und es sprachen Zib, Simon aus Trier, Wesendonk und Schlössel. Es wurden die Beschlüsse gefaßt: 1) Eine Sturmgebung in die Nationalversammlung zu bringen und deren Vorlesung zu erzwingen des Inhalts: die 258 Mitglieder, welche für Ratification des Waffenstillstandes gestimmt, seien Verräther an Deutschlands Einheit und Ehre; 2) einen Aufruf an das Volk zu erlassen, in welchem dieses aufgefordert wird, andere Wahlen vorzunehmen. Diese beiden Beschlüsse wurden scheinbar einstimmig gefaßt und zur Ausführung des erstern die Theilnehmer auf heute morgen bestellt. Die drei Fractionen der Linken beriethen von 5 Uhr an in ihren einzelnen Clubs, und von 7 Uhr an vereinigt über die Fragen: ob man in der Gesamtheit austreten, sich für permanent erklären und als Fortsetzung des Vorparlaments constituiren solle? Diese Frage wurde von den Westindiern und dem Deutschen Hof einstimmig verneint und nur von einzelnen Mitgliedern der äußersten Linken ist die Angabe richtig: von 19 — bejaht. Nach dieser Entscheidung wurde beschlossen: 1) einen Aufruf an das Volk zu erlassen und dasselbe zur Beschlussfassung über den Waffenstillstand in letzter Instanz aufzufodern; 2) bei der Nationalversammlung eine authentische Interpretation der Worte „soweit thunlich“ dringlich zu beantragen und dabei die Bezeichnung der Punkte des Waffenstillstandes zu verlangen, deren Ausführung „thunlich“ sei. Schon seit Beginn des Abends sammelten sich große Massen am Deutschen Hofe, welche die ankommenden Westindier und Donnersberger mit lautem Jubel begrüßten; um 9 Uhr erschien eine Deputation der Vereine und der Volksversammlung, um zu fragen: was die Minderheit zu thun gedenke? die Bitte um den Austritt derselben zu wiederholen und die ganze Kraft ihrer Vollmachtgeber anzubieten. Der Vorsitzende eröffnete derselben die gefaßten Beschlüsse, worauf die Deputation sich in kurzer und schroffer Weise entfernte. Die Massen verloren sich mit ihr, und zogen ohne irgend erhebliche Ruhestörung bis nach Mitternacht durch die Straßen.

F Frankfurt a. M., 18. Sept. Ueber die heutige Sitzung zu berichten, ist nicht meine Aufgabe; sie begann sehr ruhig, aber auch sehr ernst. Die Reclamationen gegen das Protokoll, auf welche ich die Leser besonders aufmerksam mache, waren sehr gewichtiger Art. Abg. Blum's Behauptung, daß der Herzog von Augustenburg innerhalb der Versammlung gefessen habe, erscheint trotz des Widerspruchs richtig, wenn auch „gewöhnlich keine Abgeordneten“ dort sitzen, so sitzen auch „gewöhnlich keine Zuhörer“ dort. Aber von den erhöhten Journalistenplätzen sah man sehr deutlich, daß nach erfolgter Reclamation mindestens sechs Personen aus dem innern Raume des Hauses ausgewiesen wurden und sich entfernten. Das Militair hatte die Kirche bis nach 9 Uhr umstellt; bei der Ankunft des Präsidenten aber wurde es auf dessen Anordnung entfernt und stellte sich in einigen entfernten Straßen in größern Abtheilungen auf. Um die Kirche herum war es sehr lebendig, große Massen sammelten sich um die Eingänge und ihre lauten Rufe drangen oft in die Kirche. Gegen 10 Uhr trat einen Augenblick allgemeine Verwirrung ein, indem der Haupteingang forcirt werden zu wollen schien; mehre Abgeordnete, besonders aus den Centren stürzten auf die Thür zu, andere erhoben sich, die Galerien kamen in Unordnung, auf den Frauentribunen machte sich die Angst bemerkbar und es dauerte lange, ehe die Ruhe zurückkehrte. Als dies indessen der Fall war, wurden eine Reihe von Anträgen der Linken, die sich theils auf den augenblicklichen Zustand der Dinge, theils auf die Ausführung des Sonnabendbeschlusses bezogen, für nicht dringlich erkannt, d. h. vorläufig beseitigt. Während nun die Tagesordnung, also die Verathung der Abtheilung der Grundrechte, die über Lehrfreiheit und Schule handelt, begann, konnte man sich einigermaßen um die Außenwelt bekümmern: das Gedränge an der Thür, welches eine Sprengung besorgen ließ, war dadurch entstanden, daß in dem Vorraum eine Menschenmasse versammelt war, für welche die beschränkten Räume der Zuhörer nicht mehr hinreichten, und diese Masse von dem außen gewaltsam andrängenden Volke, das sich vor einer Abtheilung preussischer Soldaten zurückzog, gegen die Thür gepreßt wurde. Am Paulsplatze waren um 11 Uhr wieder alle Zugänge an beiden Seiten abgesperrt; es verlautete, daß es im Innern der Stadt zu einem Zusammenstoße zwischen Arbeitern und Soldaten gekommen, bei welchem einzelne Bayonnetverwundungen vorgekommen, und daß in Folge dessen „Arbeiter heraus“ gerufen wurde.

Um 12 Uhr. Die entferntern Straßen um die Paulskirche sind dicht mit Soldaten besetzt; es wird jetzt Generalmarsch für die frankfurter Bürgerwehr geschlagen. Von einer Abtheilung hessischer Truppen, welche ohne Gewehre über den Kornmarkt ziehen, wird behauptet, d. h. Andere behaupten es, nicht sie, sie seien an der Hauptwache entwaffnet worden. Auf dem Römerberge, der neuen Kräme werden die Messbuden eingerissen und Barricaden zu bauen begonnen. Preussische Soldaten, welche die erste derselben angriffen und zerstörten, wurden mit Steinwürfen empfangen. Die Barricade soll wieder errichtet sein. Wir scheinen auf dem Paulsplatze zweifach eingeschlossen: von Soldaten und vom Volke; doch ist die Verbindung nicht gehemmt und die Soldaten lassen Einzelne ungestört vorüberziehen. Man behauptete, es sei ein Mann durch Bayonnetstiche getödtet worden, was die Aufregung aufs höchste steigert.

Um halb 12 Uhr. Die Barricaden nach dem Römerberge hin sind verschwunden. Dagegen sind deren jetzt in der Schnurgasse, in der Döngesgasse und den damit parallel laufenden Straßen errichtet, die mindestens hoch und, wie man sieht, auch besetzt sind. Man behauptet dasselbe von der Fahrgasse und andern Straßen; aus Sachsenhausen und Hanau sollen Zuzüge stattgefunden haben, doch sollen in Sachsenhausen auch bereits darmstädter Soldaten eingetroffen sein und man erwartet deren ebenfalls noch von Mainz. Die Soldaten stehen an den Straßenecken in einer Entfernung, wo die Steinwürfe sie nicht erreichen, sind aber ganz unthätig. In der Nationalversammlung wird die Eingabe der gestrigen Volksversammlung vorgelesen und an den Petitionsausschuß verwiesen; eine Interpellation wegen Verletzung von Abgeordneten durch das Militair wird dem Reichsministerium zugewiesen.

G Frankfurt a. M., 18. Sept. Gleich nach 2 Uhr nach dem Schluß des Parlaments entspann sich ein Kampf mit den aus Mainz eingerückten Oesterreichern und Preußen. Der ganze oben am Main gelegene Stadttheil vom Allerheilighore bis zum Römerberg zwischen der Zeil und dem Mainufer war mit mehren zum Theil wol ziemlich festen Barricaden bedeckt, hinter denen sich das schlecht bewaffnete Volk seit etwa drei Stunden mit großer Ausdauer schlägt; auf seiner Seite sollen noch sehr wenig gefallen sein, dagegen spricht man von 20 Todten auf Seite der Soldaten; gewiß ist, daß die Truppen sehr niedergeschlagen sind. Es sind bereits mehre Deputationen von Abgeordneten zu dem Reichsverweser gezogen, um denselben zu bitten, die Zurückziehung der Truppen anzuordnen, weil man in diesem Falle das Niederlegen der Waffen auf Seite des Volks garantiren zu dürfen glaube. Auch hat der Reichsverweser, wie versichert wird, diesen Befehl ausgestellt, aber die Minister v. Schmerling und Peucker

sollen sich geweigert haben, denselben zu contrafirmiren. Nachdem vor einer halben Stunde ein Regiment darmstädter Linie die Truppenmassen hier verstärkt, höre ich soeben, daß auch österreichische Artillerie eingetroffen sein soll.

O Frankfurt a. M., 18. Sept. 1 Uhr Mittags. Man errichtet an verschiedenen Punkten Barricaden, und namentlich an der Ecke der Dönges- und Hasengasse, Dönges- und Fahrgasse.

2 Uhr. Einige Compagnien Oesterreicher rücken die Döngesgasse hinab, nahe der Fahrgasse; es wird gefeuert; Einige sind gefallen auf jeder Seite; das Feuern dauert fort.

(5 Uhr.) Man hört beständig feuern. Von Zeit zu Zeit wird ein Verwundeter vorübergetragen. Alle Nachbarhäuser haben den Bewohnern öffnen müssen und man hängt da und dort die Fenster aus, vielleicht um Steine herabzuschleudern. (?)

(5 1/2 Uhr.) Seit einer Viertelstunde Waffenstillstand.

Frankfurt a. M., 18. Sept. 6 Uhr Abends. Die Barricaden sind noch nicht genommen; 800 W. großherzogl. hessische Truppen sind eingerückt; 2 Schwadronen Chevaurlegers folgen. Die Bürger verhalten sich theilnahmlos, sonst wäre es um das Militair geschehen gewesen. Die Gendarmen haben aus der Constablerwache geschossen. Die Sachsenhäuser schießen viel.

Nach 6 Uhr. Die Barricaden in der Fahrgasse sind genommen. Das Militair bekommt allenthalben die Oberhand.

+ **Dresden, 19. Sept.** Gestern befand sich unter andern Eingängen auf der Registrande der II. Kammer eine Eingabe gegen Schutzölle vom Deutschen Vereine zu Leipzig, dann einige Gesuche um Annahme des Wahlgesetzes und der Bericht der außerordentlichen Deputation über das neue Wahlgesetz. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war die Verathung des Berichts der 3. Deputation über die auf sofortige Herstellung des Werths der von der Chemnitz-Riesauer Eisenbahngesellschaft emittirten Zehnthalerscheine gerichteten Petitionen. Die Majorität der Deputation (Referent Kaiser) hatte eine ablehnende Entscheidung auf das Gesuch der Petenten gefaßt. Dieselbe glaubt nämlich der Behauptung der Petenten nicht beizustimmen zu können, daß die fraglichen Schuldscheine in Form und Ausstattung dem Staatspapiergelde gleich kämen, da sie, abgesehen von allen andern Merkmalen, von letztem namentlich dadurch sich unterscheiden, daß sie zinstragend und auf eine Hypothek ausdrücklich basirt seien. Ferner habe die Regierung dadurch, daß sie unterm 23. Nov. v. J. die in Form einer stehenden Einwechslung eingeleitete Realisirung der Zehnthalerscheine untersagt, keineswegs eine von ihr früher genehmigte oder wenigstens stillschweigend gebilligte Maßregel aufgehoben, sondern vielmehr bloß ihren frühern Anordnungen, denen auf indirectem Wege entgegengewirkt und gehandelt worden war, im Interesse des Publicums sowol als des Chemnitz-Riesauer Eisenbahnunternehmens die erforderliche Geltung verschafft. Abgesehen von dem hiernach sich ergebenden Mangel eines rechtlichen Verbindlichkeitsgrundes, etwanige Verluste, welche Inhaber gedachter Scheine in Folge der vordemerkten Regierungsmaßregel erlitten haben sollten — wogegen sich überhaupt noch mancherlei Zweifel aufdrängten —, aus der Staatskasse zu übertragen, halte es doch die Majorität der Deputation für eine höchst beklagenswerthe Erscheinung, wenn bei einem Unternehmen, wobei sich der Staat selbst in ziemlich hohem Verhältnisse theilhaftig habe, eine große Anzahl Staatsbürger, und noch vielleicht der ärmern Klasse, Vermögensverluste erfahren sollten, und sie würde gern das Gesuch aus Billigkeitsrücksichten zur geneigten Berücksichtigung empfohlen haben, wenn nicht die dermalige Finanzlage unsers Staates es den Ständen zur strengsten Pflicht mache, die zu dem in der Jetztzeit sich herausstellenden außerordentlichen Staatsbedarf erforderlichen Deckungsmittel nicht für Zwecke zu schmälern, für welche nicht eine unbedingte Nothwendigkeit spricht. Dies würde aber der Fall sein, wenn nach dem Vorschlage der Petenten die Annahme der fraglichen Schuldscheine in den Staatskassen beschloffen würde, indem dann vorauszufragen sei, daß bei den jetzigen Zeitverhältnissen sämtliche noch uneingelöste Scheine, welche einen Gesamtwert von fast 600,000 Thlr. repräsentirten, in kurzem in die Staatskasse fließen würden, ohne daß dieser die Fügigkeit geboten wäre, selbige, ohne Beeinträchtigung des schon für vielfache dringende Staatsbedürfnisse anzustrengenden Staatscredits, als Zahlungsmittel wieder anzuwenden.

Die Minorität der Deputation (Referent Reuher) empfiehlt der Kammer, die Regierung zu ersuchen und zu ermächtigen: a) die Annahme der Chemnitz-Riesauer Zehnthalerscheine zum vollen Nennwerthe, sammt Stückzinsen an Zahlungsstatt in allen öffentlichen Kassen „vom 1. März 1849 an“ auszusprechen, b) den Besitzern dieser Zehnthalerscheine die richtige Bezahlung der dazu gehörigen Zinscoupons von Seiten des Staates (vorschußweise der Gesellschaft) zuzusichern, wenn und so lange die Eisenbahngesellschaft-behindert sein sollte, dieselben zu gewähren.

Es wird ferner der Bericht der zweiten Deputation (Referent v. d. Planitz) vorgelesen, deren Antrag dahin geht, die Kammer wolle im Ver-

eine m
für Un
gangen
zu über
versamm
unterbre
dem Un
schuß zu
zu mach
fall zu
Die
fortgef
(Abg. S
gen 4
gen 7. S
+ Dr
wurde d
hebung
über den
joritätsg
v. Schme
men stell
stiftischen
schädigun
die Stif
jedoch de
der Ver
Aufsicht
Kirche zu
weitere
fen v. S
Domcapit
bung der
dieser Un
gegen die
lung zw
Prinz Jo
Hohenhal
lung der
Wesentlich
und glaub
Die Refor
er sich die
wahrt die
lichtkeits
die Regier
Vertrags
sei unter
eingegange
der 25 Ex
Es sei also
Expectante
Vertrags
seitig, nich
jezt des re
sprünger
tung von
des Volks
will nur de
nicht hören
ist ebenfalls
der vorgem
sah gelte;
mann will
minister v.
da das Do
In der
„Keine Re
Berathung
ger erklärt
lichen Zweck
ten Antrag
die Verwen
fend). Gro
Meißen und
schen dem f
Meißen and
aufgehoben
Präsident v.
berg: Vibra

eine mit der I. Kammer beschließen, die bei der Ständeversammlung für Unterstützung des Riesa-Chemnitzer Eisenbahnunternehmens eingegangenen Petitionen der Staatsregierung zu möglichster Berücksichtigung zu übergeben und dieselbe zugleich zu ersuchen, der nächsten Ständeversammlung die Vollendung dieser Bahn bezweckende Vorschläge zu unterbreiten, die Staatsregierung aber auch ferner noch zu ermächtigen, dem Unternehmen schon gegenwärtig Unterstützung durch zinsbaren Vorschuß zu gewähren für den Fall, daß erforderlich werde, Anstrengungen zu machen, um die schon begonnenen Kunstbaue vor Einsturz und Verfall zu schützen.

Die über diese Angelegenheit gestern vertagte Debatte ward heute fortgesetzt und der Antrag der zweiten Deputation gegen eine Stimme (Abg. v. Sriegern) angenommen, ebenso das Majoritätsgutachten gegen 4 Stimmen. Punkt a. des Minoritätsgutachtens wird mit 56 gegen 7 Stimmen und Punkt b. gegen 6 Stimmen abgelehnt.

+ Dresden, 19. Sept. In der gestrigen Sitzung der I. Kammer wurde die Berathung über den Bericht der dritten Deputation, die Aufhebung der Stifter und Klöster betreffend, begonnen, und nur über den Theil desselben, welcher die Domstifter betrifft. Außer dem Majoritätsgutachten der Deputation waren noch zwei Separatvota von den H. v. Zehmen und Graf v. Hohenthal-Püchau abgegeben worden. Hr. v. Zehmen stellt die Meinung auf, daß die wegen Ausführung der Auflösung der stiftlichen Corporationen zu thuenen Vorschritte, sowie die wegen Entschädigung der dormaligen Präbenden und Expectanten und die über die Stiftseinkünfte zu gebenden weitem Bestimmungen, vorbehaltlich jedoch des der Staatsregierung und den Ständen auf Grund des §. 60 der Verfassungsurkunde über die Verwendung derselben zustehenden Aufsichtsrechts, der kirchlichen Oberbehörde der evangelisch-lutherischen Kirche zu überlassen sein werden, es möge aber den Ständen seiner Zeit weitere Mittheilungen darüber gemacht werden. Das votum des Grafen v. Hohenthal-Püchau geht dahin, daß die Regierung mit den Domcapiteln zu Meißen und Wurzen in Unterhandlung über die Aufhebung der Stifter trete und die Ständeversammlung von dem Resultate dieser Unterhandlung in Kenntniß setze. Secretair Ritterstädt spricht gegen die Separatvotanten. Domherr v. Rositz: Nur die Unterhandlung zwischen Regierung und Domcapitel könne zum Ziele führen. Prinz Johann pflichtet im Wesentlichen der Ansicht des Grafen v. Hohenthal bei und verbreitet sich ausführlich über die rechtliche Stellung der Klöster. Dr. Steinacker stimmt dem Majoritätsgutachten (im Wesentlichen mit den Beschlüssen der II. Kammer übereinstimmend) bei und glaubt dabei mit seinem rechtlichen Gewissen bestehen zu können. Die Reform oder die Aufhebung der Stifter sei zeitgemäß, doch müsse er sich die Entscheidung der Universität vorbehalten. Hr. Anger verwahrt die Deputation gegen den Vorwurf, als sei sie bloß von Nützlichkeitsrücksichten geleitet worden. Staatsminister v. d. Pfordten: Auch die Regierung habe gewünscht, diese Angelegenheit auf dem Wege des Vertrags erledigt zu sehen, allein das sei für jetzt unmöglich, denn es sei unter Anderm am 11. Sept. eine Erklärung vom Hochstift Meißen eingegangen, worin gesagt werde, daß man erst nach dem Absterben der 25 Expectanten in eine Aufhebung der Domstifter willigen könne. Es sei also nach diesem Schreiben bei dem zarten Alter des jüngsten Expectanten vor Ende dieses Jahrhunderts kein Resultat im Wege des Vertrags zu erlangen. Er glaube aber, daß die Regierung auch einseitig, nicht im Wege des Vertrags, vorschreiten könne, da die Stifter jetzt des rechtlichen Fundaments entbehren. Dieselben seien ihrem ursprünglichen Zwecke ganz entfremdet und dienten nur noch zur Erhaltung von Sinécuren und Privilegien des Adels. Auch die Meinung des Volks sei ferner gegen den Fortbestand derselben. Graf v. Solms will nur den Weg des Vertrags, man dürfe auf die Meinung der Leute nicht hören, wenn es auf den Rechtsgrund ankomme. Hr. v. Posern ist ebenfalls der Meinung des letztern Redners, nicht weil sein Sohn der vorgenannte letzte Expectant sei, sondern weil bei ihm der Grundsatz gelte: justitia fundamentum regnorum. Superintendent Dr. Großmann will Entschädigung und den Weg der Unterhandlung. Staatsminister v. d. Pfordten stellt die Unterhandlung als unmöglich dar, da das Domcapitel keine Lust dazu zeige.

In der heutigen Sitzung stand auf der Registrande eine Petition: „Keine Republik“, welche vorgelesen wird. Hierauf Fortsetzung der Berathung über die Aufhebung der Domstifter. Bürgermeister Klingger erklärt sich für Aufhebung der Stifter, da sie ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr erfüllen, aber gegen den zweiten und dritten Antrag der Deputation (die Entschädigung der Betheiligten und die Verwendung der übrigen Einkünfte an Kirchen und Schulen betreffend). Graf v. Hohenthal-Püchau: Das Bestehen der Domstifter zu Meißen und Wurzen in ihrer jetzigen Gestalt gründe sich auf einen zwischen dem sächsischen Regenten Hause einerseits und dem Domcapitel zu Meißen andererseits abgeschlossenen Bilateralvertrag, der einseitig nicht aufgehoben werden könne. Staatsminister v. d. Pfordten entgegnet hierauf. Präsident v. Schönfels spricht sich für die Majorität aus. Hr. v. Schönberg-Bibran: In England würden bei solchen verwickelten Rechtsfra-

gen die Kronräthe consultirt, von diesen erwarte der Minister ein Gutachten und wage es nicht, seine Ansicht Andern aufzubringen; er sei durch die Gründe des Ministers nicht überzeugt worden und stelle den Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, zu einer Reform und eventuell Aufhebung der Stifter nur dann zu verschreiten, wenn die Rechtsverhältnisse dies gestatteten. Staatsminister v. d. Pfordten: Er habe seine Ansicht nicht aufdringen wollen, aber er habe ein Recht, dieselbe auszusprechen. Kronräthe hätten wir nicht, die Minister seien selbst die Kronräthe; die Regierung lege großen Werth auf die Ansichten der Kammer, aber in dieser Angelegenheit könne sie sich nicht durch die Ansichten derselben gebunden erachten. Bürgermeister Starke tritt der Ansicht des Grafen Hohenthal bei und hofft, daß die Stifter gemäßigten Ansprüche machen würden. Hr. v. Rositz-Wallwitz verzichtet auf Wort, da nach der Aeußerung der Regierung jede andere Erklärung überflüssig sei.

Staatsminister v. d. Pfordten: So gut die Regierung an die Kammer gebunden sei, wenn sie an die Stände einen Antrag bringe, ebenso müsse man auch der Regierung freilassen, ob sie auf Anträge, die an sie gestellt würden, eingehen wolle. Sie werde die Anträge gewiß prüfen, aber im Voraus könne er als einzelner Minister eine bindende Erklärung über dieselben nicht abgeben. Hr. v. Rositz-Wallwitz: Man könne es dem Domstifte Meißen nicht verdenken, wenn es Bedingungen stelle; er hoffe indessen, daß es der Persönlichkeit des Ministers gelingen werde, die Unterhandlung zu einem glücklichen Ende zu führen. Man möge ferner nicht glauben, daß durch die Aufhebung der Stifter dem Staate oder der Kirche ein so großer Gewinn werden würde, bei Abzug der Vermächtnisse möchten nicht viel über 8000 Thlr. jährlich verwendbar bleiben. Hr. v. Thielau ist der Meinung, daß die Domstifter Meißen und Wurzen auf Grund des §. 60 der Verfassungsurkunde ihrem ursprünglichen Zwecke wiedergegeben werden möchten, soweit Staats- und Privatwede Dem nicht entgegenständen. Bürgermeister Schanz ist für die Majorität der Deputation. Frhr. v. Friesen wankt nicht im Glauben, daß die Regierung den Rechtsboden nicht verlassen werde. Wenn man der Kirche Alles wiedergeben wolle, was man ihr genommen, würden viele Verträge umgestoßen werden müssen. Staatsminister v. d. Pfordten entgegnet auf eine Aeußerung, daß von einer Herausgabe der Stiftslande nicht die Rede sei, das beruhe auf andern Fundamenten. Hr. v. Thielau: Man müsse Verträge nur aus dem Zeitpunkt beurtheilen, in welchem sie geschlossen, was damals Recht gewesen. Wenn es hieße, die jetzige Zeit wolle keine Sinécuren, so komme es darauf an, ob sie gestiftet worden wären, und Stiftungen könnten nicht aufgehoben werden. Bischof Dittrich: Die katholische Kirche mache keine Ansprüche auf ehemalige katholische Güter, nur auf die Präbende der Dompropstei Bauzen müsse er sich einen Anspruch vorbehalten. Hr. v. Zehmen und Graf Hohenthal verteidigen ihre Separatvota und Hr. v. Hopenitz stellt zum v. Schönberg'schen Antrage das Amendement, daß die Feststellung der Rechtsverhältnisse durch Einholung rechtlichen Gutachtens von auswärtigen Spruchcollegien erfolgen solle.

Dr. Steinacker führt an, daß ein solches rechtliches Erkenntniß schon im Jahre 1850 einmal ertheilt worden sei. Staatsminister v. d. Pfordten: Ueber ein Fürstenwort dürfe man nicht deuteln, das Recht gehe aber über das Fürstenwort. Dies hätten Sachsens Fürsten immer bewährt. Gerade wenn man die Stiftungen heilig halten wolle, müsse man gegen die Stifter auftreten. Nach dem Schlussworte des Referenten entspiant sich noch auf die Frage des Hrn. v. Biedermann, ob nicht während der Abstimmung die anwesenden Domherren abzutreten hätten, eine Debatte, nach welcher gegen 18 Stimmen beschlossen wird, daß dieselben bei Abstimmung über Punkt b abtreten sollten. Der Antrag des Majoritätsgutachtens a wird von 24 gegen 12 Stimmen abgelehnt, ebenso das Separatvotum des Hrn. v. Zehmen von 24 gegen 12 Stimmen und das des Grafen Hohenthal-Püchau von 22 gegen 14 Stimmen, der Antrag des Hrn. v. Schönberg hingegen von 26 gegen 10 Stimmen angenommen.

Chemnitz, 19. Sept. Hier ist heute eine vom Regierungscommissar Todt unterzeichnete Bekanntmachung erschienen, wonach, da es für angemessen erachtet worden sei, daß die Stadt Chemnitz mit einer stehenden Garnison versehen werde, und diese Maßregel, wenn auch nur provisorisch, schon von jetzt an zur Ausführung kommen, hierdurch aber der gewöhnliche Dienst der Bürgerwehr eine Abänderung erleiden, ohnehin auch die letztere in Folge der zu erwartenden neuen gesetzlichen Bestimmungen einer anderweiten Organisation zu unterwerfen sein werde, beschlossen worden ist, die sogenannten Reservisten der Bürgerwehr allhier in ihrer gegenwärtigen Gestalt bis auf weiteres zu entlassen. Es ergeht zugleich an die Reservisten (unter welchen die Turner natürlich mit begriffen sind) die Verordnung, obiger Bestimmung gemäß ihre Waffen abzugeben. Hinzugefügt wird noch ausdrücklich, daß diese Anordnung keine Strafmaßregel sei. (L. 3.)

München, 17. Sept. Soeben, Morgens 6 Uhr, treten die seit über ein Jahr hier im Stillen verbundenen Anhänger des Deutsch-

Katholicismus zu einer ersten öffentlichen Versammlung im Saale des Paradiesgartens zusammen. Die Versammlung wird eröffnet durch eine Anrede des Prof. Dr. Kreuzer, in welcher die Mißbräuche der römisch-katholischen Kirche und das Wesen der neuen Kirche eine genaue Erörterung erfahren. Den Redner unterbricht mehrmals lauter Beifall aus dem überfüllten Saal und von den reichbesetzten Galerien herab. Es erhebt sich alsdann ein ehemaliger Priester der katholischen Kirche, Pfarrer Dumbhof aus Elm-Münster bei Pfaffenhofen, gebürtig aus Passau, der seinen Austritt aus der römisch-katholischen Kirche und seinen Uebertritt zum Deutsch-Katholicismus in feierlich abgelegtem Bekenntnis ankündigt. Seit 17 Jahren katholischer Priester, hat er seit zwei Jahren den innern Umschwung erhalten und sich seit zwei Tagen von der katholischen Kirche durch Verlassen seiner schönen Pfarre und der ihn sehr liebenden Gemeinde losgesagt. Der Redner wird an die Spitze der Gemeinde erhoben, und diese begrüßt ihn am Schlusse seines gediegenen Vortrags mit stürmischem Beifallrufe. Zum Schlusse liest Prof. Dr. Kreuzer noch einmal die Glaubenslehren der jungen Kirche vor, worauf dann die Einzeichnung der Mitglieder in ausgelegten Listen erfolgt. Wir haben mehre Hundert Namen bemerkt. Es verdient besonderer Erwähnung, daß die Redner die neue Gemeinde von aller Theiligung an politischen Agitationen frei sprachen und sie für alle Zukunft davon fernzuhalten feierlich gelobten. — Weniger Anklang schien die auf 9 Uhr nach Neuberghausen (eine halbe Stunde von hier) von dem demokratischen Verein und dem Vereine für Volksrechte berufene Volksversammlung zu finden. Die Anzahl der Versammelten überstieg nicht 3000; das schlechte Wetter mochte Viele abgehalten haben. Das Thema ihrer Reden war die Begründung eines auch von der Versammlung fast einstimmig angenommenen Manifestes, welches sich ausspricht für Wahrung der deutschen Ehre, daher für Fortsetzung des Kriegs mit Dänemark, für Stärkung der deutschen Einheit, für Unterstützung der Centralgewalt gegenüber den Einzelregierungen, für Ausdehnung des deutschen Zollvereins über das ganze Reich, für eine Reichssteuer behufs Erbauung einer Flotte. Angenommen wurde ferner eine Ansprache an das bairische Gesamtministerium, um dasselbe zur rückhaltlosen und unumwundenen Anerkennung der Centralgewalt und zur Unterwerfung unter die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung aufzufodern, ferner eine offene Ansprache an die Urwähler in Deutschland, um durch ein allgemeines Mißtrauensvotum die Minorität der Paulskirche bei dem Beschlusse vom 5. Sept. zum Austritte zu bewegen. Schließlich sprach sich die Versammlung gegen die Verordnung des Gesamtministeriums vom 12. Aug. aus, welche die Aufhebung der demokratischen Vereine verfügt. — Der aus Schleswig-Holstein zurückgekehrte Major und Flügeladjutant v. d. Lann ist zum Oberstleutnant befördert worden. (N. C.)

Kassel, 18. Sept. Der provisorische Vorstand des Ministeriums des Innern, Regierungsrath Eberhard, sowie der provisorische Vorstand des Finanzministeriums, Regierungsrath Wippermann, sind zu Staatsräthen ernannt worden. (R. A. 3.)

Altona, 18. Sept. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat der dänische Bevollmächtigte, Kammerherr Reetz, bereits eingewilligt, daß die interimistische Regierung von Schleswig-Holstein während des Waffenstillstandes nur mit Uebereinstimmung der Herzogthümer gewählt werde, sowie daß die schleswig-holsteinischen Truppen nicht getrennt werden. Ueber das Bestehenbleiben der von der provisorischen Regierung erlassenen Verordnungen wird noch unterhandelt. — Es haben bereits über 40,000 M. Bundestruppen die Herzogthümer geräumt. (B. H.)

Schwerin, 16. Sept. Eine Combination für das künftige verantwortliche Ministerium, die wir indessen nicht weiter verbürgen wollen, ist folgende: Minister der Finanzen: Stever; Minister des Cultus: Groth; Minister der Justiz: Rippe. Hiernach würden die übrigen innern und die auswärtigen Angelegenheiten in den Händen v. Lügow's bleiben. (H. C.)

O Neustrelitz, 17. Sept. Die Bewegung gegen das Wahlgeseß, welche am 7. Sept. ihre Spitze erreichte und ihre Erledigung durch Gewährung des Gewünschten vom Großherzoge fürs Erste erhielt (Nr. 257), hat die auffallendsten und nichts weniger als beruhigend wirkenden Folgen gehabt. Wir meinen nicht die am 8. Sept. verschiedenen Aristokraten gebrachten Kapazitäten. Die Empfänger derselben hatten dergleichen gegen Liberale, insbesondere auch gegen Dr. Glasbrenner veranstalten lassen wollen, wie hier als notorisch bekannt ist. Der Letztere belehrte jedoch die dazu bewogenen Leute eines Andern, und das Ungewitter entlud sich jetzt wider Die, welche Andern eins zugedacht hatten. Seit diesem 8. Sept. war nun Alles so ruhig hier, als man es nur wünschen konnte. Da verbreitet sich plötzlich am 15. Sept. das Gerücht, es rückten preussische Kürassiere an, und das für Jedermann Unerhörte bewahrheitete sich auch Tags darauf. Ein Regiment preussischer Kürassiere zog, angeblich zum persönlichen Schutze des Großherzogs, ein. Nur mit dem größten Bedauern können wir das melden, denn der Großherzog kam wirklich für seine Person nicht sicherer als

in der Mitte unserer Bürger sein, während dem ganzen Lande preussische Kürassiere als ein sehr ungeeignetes Mittel erscheinen dürften, um das Band der Zuneigung zu ihm enger zu knüpfen.

— Die Berliner Nachrichten berichten aus Mecklenburg-Strelitz über das Einrücken preussischer Truppen: Die Unruhen in Strelitz haben sich auf eine so bedenkliche Weise erneuert, daß, auf Ersuchen der großherzogl. Regierung, das in Brandenburg und Rathenow garnisonirende 6. Kürassierregiment Befehl erhalten hat, sich schleunigst nach dem Großherzogthum zu begeben, um dort zur Herstellung der Ruhe mitzuwirken.

— Die Weser-Zeitung berichtet aus Bremen vom 18. Sept.: Eine sehr auffallende Nachricht wird von Bremerhaven gestern gemeldet. Capitain Poppe, von der bremer Bark Florian, der am 17. Sept. in Bremerhaven ankam, berichtet, vier dänische Fregatten und ein dänisches Kriegsdampfschiff nahe vor der Weser gesehen zu haben. Die Erklärung, mit welcher man in Hamburg die Anwesenheit der Bellona auf der Elbe zu deuten sucht, scheint denn doch nicht auszureichen, und man wird in der Anwesenheit dieser dänischen Kriegsschiffe wol eine politische Absicht erkennen müssen.

Preußen.

Berlin, 19. Sept. General Wrangel hat folgenden Armeebefehl, datirt Potsdam 17. Sept., erlassen:

Se. Maj. der König haben mir einen neuen Beweis seiner Gnade und seines Vertrauens gegeben, indem Sie mir mittels allerhöchster Cabinetsordre vom 15. d. M. den Oberbefehl über die sämmtlichen in den Marken stehenden Truppen ertheilt haben. Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen. Die Aufgabe ist schwer und mit großer Verantwortung verknüpft, das verkenne ich nicht, aber sie wird ausgeführt werden; dafür bürgen mir das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Soldaten und seinem Offizier, seinem Führer, durch welches sich die preussische Armee, so lange sie besteht, immer rühmlichst ausgezeichnet hat, sowie die Liebe und die treue Hingebung für den König, von der wir Alle gleich erfüllt sind. Ich gebe mich indes der bestimmten Hoffnung hin, daß ich keine Veranlassung erhalten werde, mit der militairischen Macht einzuschreiten, denn auch mein Vertrauen zu den Bürgern, daß sie ebenfalls nur das Gute wollen, steht fest; es ist ja ihr eigener Herd, den sie und ich beschützen sollen. Es sind jedoch im Land auch Elemente vorhanden, welche zur Ungefestigkeit verführen wollen, sie sind zwar nur gering, aber desto kräftiger treten sie hervor, während die guten Elemente sich zurückhalten. Diesen letztern will ich fortan zunächst eine moralische Stütze sein, um ihnen die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu erleichtern, ohne die keine gesetzliche Freiheit möglich ist. In Potsdam habe ich schon die erfreulichsten Beweise erhalten, wie dessen Bewohner mit der ganzen Bürgerwehr sich zu diesem Zwecke gern um mich scharen. Dies war mir um so erfreulicher und um so werthvoller, als es schon am ersten Tage meiner Uebernahme des Oberbefehls in den Marken geschah; es erfüllt mich deshalb mit Hoffnung und Vertrauen für die Zukunft. Soldaten! laßt euch nicht irre leiten von den Reden und Proclamationen, welche von euch unbekanntem Leuten an euch gerichtet werden; hört nicht darauf, wenn sie auch noch so schmeichelhaft für euch klingen und sie eure Zukunft mit herrlichen Worten ausmalen, sobald ihr die euch gegebenen Rathschläge befolgt. Zu den Versammlungen, wo dergleichen Reden an euch gehalten werden sollen, geht lieber gar nicht hin; hört dagegen auf meine Stimme, die Stimme eures Generals, sie ist wohlgemeint! Haltet fest an euren Offizieren, wie diese an euch; zwischen beiden darf sich kein fremdes Element einschleichen. Habt ihr gerechte Wünsche, so tragt sie euren Offizieren in der gesetzlichen Weise vor; von Niemand wird euch sicherer geholfen werden als von diesen, denn Niemand kennt eure Bedürfnisse besser als sie, und Niemand ist mehr von dem Wunsche befeelt, euch mit Rath und That beizustehen. Als Beweis, in welchem Grade ich nicht nur für euer Wohl als Soldat, sondern auch für euer häusliches Wohl zu sorgen bereit bin, bestimme ich hiermit, daß die durch Einziehung von Reservern auf die Kriegsstärke gefestigten Infanteriebataillone sofort auf 900 Mann vermindert werden, und binnen kurzem hoffe ich eine abermalige Verminderung derselben bis auf 800 M. eintreten lassen zu können. Zu der ersten Entlassung sind zunächst alle Reclamirten und dann Diejenigen aus den ältesten Reservern zu bestimmen, deren häusliche Anwesenheit dringend nothwendig ist; nach deren Berücksichtigung hat das unparteiische Loos unter den ältesten Reservern zu entscheiden. Zum Schluß rufe ich euch zu, Offiziere und Soldaten! haltet fest in eurem gegenseitigen Vertrauen und an eurem theuren König! Er lebe drei Mal hoch! Der Oberbefehlshaber in den Marken. (Geg.) v. Wrangel.

— Folgender vom 16. Sept. datirter Gouvernementsbefehl an die Truppen in Berlin ist hier veröffentlicht worden: Nachdem bereits am verfloffenen Montag in hiesigen demokratischen Vereinen förmlich beschloffen und festgestellt worden, die Soldaten der hiesigen Garnison auf alle Weise von ihrer Pflicht abwendig zu machen, ist kein Mittel unversucht geblieben, diesen Vorfall zur Ausführung zu bringen. Unwahre Erzählungen in öffentlichen Anschlägen über sogenannte Militairrevolutionen, trügerische Vorpiegelungen über beabsichtigte Verbesserung der Lage der Soldaten, vorgebliche Verbrüderung mit ihnen und verführerische Versprechungen jeder Art, Alles ist angewendet, um den Soldaten irre zu machen, um Zucht und Gehorsam und die Treue zu erschüttern; Alles aber ist gescheitert an dem geraden, ehrenfesten Sinn, an dem Pflicht-

gefühl, welches
wird. Das
Benehmen
spiel, wie
seiner Pflicht
beharrt und
namentlich
Truppen
tliche Zuversicht
mit Liebe u
weisen werden
nigs und d

A Berlin
heute zum
des Schauf
und bequem
teien auch
her in der
der linken
principielle
Centrum er
sten besetzt
scheinlich in
sentlicher W
tenen Mini
eingenomme
Ministertisch
in Hufeisen
sich heute z
Hr. Rosch,
wickelten un
lung befind
fürworten;
liche Gesuch
Es wi

v. Auerswa
handlungen
Schlusse ge
„anheimgeg
ausgeseht b
lung befind
über ihre W
ohne zu wi
folgenden
Vizepräsident
von 12 Mi
bedenklichen
Bildung de
21. Sept. z
Die Be
des Präside
in unpartei
That unüb
teien gleich
der linken
Auch Hr. L
sidentur für
ner nicht sel
worden zu
dentenwahl
listren pfleg
mitwirken z
jezt eine gr
will. Hr. C
menden) w
während H

†† Berlin
befehl des
ausgeworfen
ten betrachte
mittlerolle
nommen, un
dabei seine
vorgezeichnet
Gesetz zur
dauernd gr
von Seiten
schlossen sein
stimmung zu
barkeit wird
tionen unmi

Die Be
des Präside
in unpartei
That unüb
teien gleich
der linken
Auch Hr. L
sidentur für
ner nicht sel
worden zu
dentenwahl
listren pfleg
mitwirken z
jezt eine gr
will. Hr. C
menden) w
während H

†† Berlin
befehl des
ausgeworfen
ten betrachte
mittlerolle
nommen, un
dabei seine
vorgezeichnet
Gesetz zur
dauernd gr
von Seiten
schlossen sein
stimmung zu
barkeit wird
tionen unmi

tionen unmi

gefühl, welches im preussischen Soldaten jederzeit lebendig war und bleiben wird. Das preussische Heer und das gesammte Vaterland blickt auf das Benehmen der Garnison von Berlin, und dieselbe gibt ein rühmliches Beispiel, wie der preussische Soldat auch mitten unter Verführung, fest in seiner Pflicht, in seiner dem König und dem Vaterland angelobten Treue beharrt und elende Wählerereien mit Verachtung zurückweist. Das Souveränement fühlt die wohlthunende Verpflichtung, diese ehrenvolle Haltung der Truppen öffentlich und dankbar anzuerkennen; es hegt die unerschütterliche Zuversicht, daß Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten sich auch ferner mit Liebe und Vertrauen die Hand reichen und unter allen Umständen beweisen werden, daß der Einzelne und das Ganze des Vertrauens des Königs und des Vaterlandes würdig war.

A Berlin, 19. Sept. Die Nationalversammlung fand sich heute zum ersten Mal in ihrem neuen Sitzungslocal, im Concertsaale des Schauspielhauses, zusammen, dessen Einrichtung sehr freundliche und bequeme Verhältnisse gewährt. Man bemerkt, daß sich die Parteien auch räumlich schärfer und genauer gesondert haben, als dies bisher in der Singakademie der Fall gewesen, wo manche Abgeordnete auf der linken oder rechten Seite saßen, ohne für ihre Abstimmungen eine principielle Folgerung daraus festzuhalten. Die linke Seite und das Centrum erweisen sich bei Wiedereröffnung der Versammlung am stärksten, was für die bevorstehenden Principienkämpfe, die wahrscheinlich in thatsächliche Entscheidungen umschlagen werden, von wesentlicher Bedeutung ist. Im Centrum erblickt man auch den abgetretenen Minister Biercke, der dort als Abgeordneter wieder seinen Platz eingenommen. Von den übrigen Ministern ist Keiner zu sehen und der Ministertisch, der in der neuen Einrichtung eine ganz gekrümmte Figur in Hufeisenform bildet, zeigt sich leer. Die Versammlung beschäftigt sich heute zuerst mit Urlaubsgesuchen, die immer zahlreicher einlaufen. Hr. Rosch, der das Präsidium führt, bemerkt, daß es ihm bei der verwickelten und schwierigen Lage, in der sich gegenwärtig die Versammlung befinde, nicht angemessen erscheine, so viele Urlaubsgesuche zu befürworten; die Versammlung möge über jedes einzeln entscheiden. Sämmtliche Gesuche werden jedoch angenommen.

Es wird darauf ein Schreiben des bisherigen Ministerpräsidenten v. Auerswald verlesen (d. d. 18. Sept.), welches anzeigt, daß die Verhandlungen zur Bildung eines neuen Ministeriums noch nicht zum Schlusse gediehen, weshalb dem Präsidenten der Nationalversammlung „anheimgegeben werde, veranlassen zu wollen, daß die Sitzungen noch ausgesetzt bleiben.“ Der Abg. v. Berg bemerkt: Die Nationalversammlung befinde sich nun schon zum zweiten Mal in dieser ungewissen Lage, über ihre Vertagung beschließen zu sollen. Dies sei aber nicht möglich, ohne zu wissen, wie dies ein Ende nehmen werde. Er stelle deshalb folgenden Antrag: Die Versammlung möge ihren Präsidenten und Vicepräsidenten nebst einer durch das Loos zu erwählenden Deputation von 12 Mitgliedern zum König senden, um denselben in Betracht der bedenklichen und gefährlichen Lage der Dinge um Beschleunigung der Bildung des neuen Ministeriums anzugehen. Dieser Antrag wird am 21. Sept. zur Discussion kommen.

Die Versammlung geht darauf zu der auf heute anberaumten Wahl des Präsidenten und der Vicepräsidenten über. Obwohl die musterhafte, in unparteiischem Gerechtigkeitsinn und parlamentarischer Logik in der That unübertreffliche Geschäftsführung Grabow's bisher von allen Parteien gleichmäßig anerkannt worden, so wurde ihm doch diesmal von der linken Seite Hr. Phillips als Gegencandidat gegenüber gestellt. Auch Hr. Waldeck soll bei den Vorversammlungen der Linken die Präsidatur für sich in Anspruch genommen haben, worauf jedoch bei seiner nicht sehr hervorragenden Fähigkeit zu diesem Amte nicht eingegangen worden zu sein scheint. Auch in diesen Bemühungen, bei der Präsidentenwahl (in welcher sonst alle Parteien sich gewissermaßen zu neutralisiren pflegten) diesmal die principielle Richtung der Versammlung mitwirken zu lassen, zeigt sich die neue Stellung der letztern, welche jetzt eine grundsätzliche Entscheidung auf das bestimmteste herausfordern will. Hr. Grabow wurde jedoch mit 179 Stimmen (unter 330 Stimmenten) wieder zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt, während Hr. Phillips 151 Stimmen für sich hatte.

†† **Berlin, 19. Sept.** Man kann wol sagen, daß mit dem Armeebefehl des Generals v. Wrangel die Würfel zu großen Entscheidungen ausgeworfen worden sind, und in diesem Sinne wird er auf allen Seiten betrachtet. General v. Wrangel hat damit die militärische Vermittlerrolle in unsern aufgeregten und zerrütteten Staatszuständen übernommen, und man sagt, daß er sich dem König dazu selbst erboten und dabei seine Wirksamkeit nach einem energischen und umfassenden Plane vorgezeichnet habe. — Das von der Nationalversammlung berathene Gesetz zur Sicherung der persönlichen Freiheit unterliegt fortwährend großen Schwierigkeiten in seiner Annahme und Ausführung von Seiten der Krone. Wie man hört, soll der König jetzt fest entschlossen sein, dem Gesetzentwurf in seiner bisherigen Gestalt die Zustimmung zu versagen. Als ein Haupteinwand gegen seine Ausführbarkeit wird angeführt, daß es alle Untersuchung bei Steuerbetrugationen unmöglich machen würde. Der Abg. Nees v. Esenbeck hat des-

halb bereits eine „dringende Interpellation“ an den künftigen Justizminister über die Frage angekündigt, wann dieses Gesetz Gesehkraft erhalten werde? — Der seit einiger Zeit geheimnißvoll verschwundene Mirowski wird von der hiesigen Polizei in Berlin vermutet, weshalb von ihr eifrige Nachforschungen angestellt werden, die sich neulich sogar bis in das Krankenhaus Bethanien erstreckt haben sollen.

Berlin, 19. Sept. Das Schisma, dessen tiefere Gründe der gestrige Bericht angedeutet, dauert für die Bildung eines neuen Ministeriums fort; auch heute sind Beratungen in Bellevue, an welchen der König Theil nimmt; und da es sich um principielle Abwickelungen handelt, so möchte ein definitives Arrangement nicht so leicht zu treffen sein, zumal man die Nothwendigkeit fühlt, eine dauerhafte Verwaltung zu gründen. Wie wir hören, hätte Hr. v. Bederath noch gestern in einem befreundeten Kreis erklärt, daß er ein neues Ministerium zu gründen jedenfalls übernehmen werde, und es ist Hoffnung vorhanden, daß der König sein Programm gutheißt. — Die in der Stadt circulirende Adresse an den König, welche darum bittet: „den Abg. Waldeck mit der Bildung eines neuen Ministeriums zu beauftragen, da er allein im Stand ist, das Staatsschiff durch die unruhige Brandung der Volksbewegung zu steuern,“ findet im Ganzen bis jetzt wenig Anklang, sei es nun, daß man herausfühlt, wie es sich hier um ein ungeschmälert zu haltendes Borrecht der Krone handle, sei es, daß viele Demokraten ein Ministerium Waldeck noch nicht an der Zeit glauben. — Der gestrige Abend war einigermaßen bewegt. In der Königsstraße vor der Thür des Hrn. Held ein Ständchen unter ungeheuerm Zulauf, wobei der Gefeierte eine Rede hielt und gleichsam Abschied nahm; in der Karlstraße ein nicht unbedeutender Krawall zwischen Bürgern und Soldaten, hervorgegangen aus gewöhnlichen Straßenercessen durch das Benehmen angeblich trunkener, abziehender Kriegsreservisten, wobei der Major G. gefährlich durch Steinwürfe verwundet wurde; Alarm und Trompetensignal durch die Straßen; die Bürgerwehr bis 1 Uhr auf den Beinen. — Heute statteten vom Magistrat entlassene Arbeiter dem Syndikus Hedemann, der Decernent in der Sache ist, einen drohenden Besuch ab und es kam zu lebhaften Auftritten. Die Behörden scheinen irgend einen Schlag oder doch compacte Versuche zu befürchten, denn es sind umfangreiche Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Neuerlich ist die Stadt sehr ruhig: Theater, Promenaden, öffentliche Vergnügungsorte sind überfüllt, es wird in allen Kreisen ziemlich viel Geld ausgegeben und das liebenswürdigste an der berliner Revolution, die Selbstpersiflage in Placaten und Caricaturen, macht sich geltend, gleichsam den schweren Ernst in muthwilliger Laune weglachend. So sieht man hier ein großes Mosaiktableau, Berlin im Belagerungszustande darstellend, welches durch die Drolligkeit seiner Figuren und seiner Inschriften auch wol den ärgsten Misanthropen zum Lachen bringen müßte. Und in der That, dem tiefern Beobachter kann es nicht entgehen, daß trotz des schweren Ernstes im Hintergrunde die bessern Köpfe sich hier über die Wirthschaft, in die wir hineingerathen sind, wenn auch nicht gerade lustig machen, so doch in sprudelndem Humor ergehen. Der Volksgeist hier hat bekanntlich in seinem Kern etwas durchaus Ironisches, und die Dinge sind so weit gediehen, daß man nur noch an ihrem dialektischen Farbenspiele Freude findet. Der souveraine Lindenclub hat sich aufgelöst, und indessen der demokratische Club ein ziemlich bedeutendes Placat an die Soldaten erläßt, hat der tapfere Oberst eines hiesigen Regiments neulich seinen zusammenberufenen Truppen buchstäblich folgende praktische Anrede gehalten: „Ihr werdet nicht zu der Volksversammlung hingehen; ich werde heute Abend Jedem von euch ein Pfund Schweinebraten geben lassen, ihr könnt auch eure Mädchen holen, und die Musiker sollen euch zum Tanz aufspielen.“ Natürlich zogen die Soldaten den Schweinebraten der Volksversammlung vor, und sie fanden mehr Vergnügen daran, sich mit ihren Mädchen als mit dem Civil zu verbrütern.

† **Berlin, 18. Sept.** Eine Menge Ansprachen an die Soldaten, von den verschiedenen Parteien ausgehend, bedeckten auch gestern wieder die Straßenecken. Abwechselnd Mahnungen zu Gehorsam und Treue, Aufforderungen zur Versöhnung mit dem Volke und Vorpiegelungen leichteren Dienstes, höherer Löhnung und persönlicher Unabhängigkeit. In der Versammlung vor dem Schönhauser-Thore foderte ein Redner (Hr. Müller, Präsident des Lindenclubs) die anwesenden demokratischen Damen auf, jede einen Soldaten an den Arm zu nehmen und mit ihm zur Stadt zu gehen. — Am Mittwoch soll auf dem Kreuzberge eine große Parade sämmtlicher Garderegimenter und der hiesigen Garnison stattfinden. Es wird von mehreren Seiten mit Bestimmtheit versichert, daß die früher hier garnisirenden Garderegimenter in nächster Zeit ihre Quartiere in Berlin wieder einnehmen werden, während uns die jetzt hier stehenden Truppen verlassen.

† **Berlin, 19. Sept.** Gestern Abend sah es in mehreren Theilen der Stadt wieder etwas unruhig aus. Am Alexanderplatz und in der Königsstraße fanden mehrfache Schlägereien zwischen Arbeitern

statt. In der Karlsstraße entstand eine Prügelei zwischen entlassenen Kriegsveteranen des 24. Regiments und einem Volkshausen. Mehrere Constabler, welche sich zur Ruhe mahnen einmischten, wurden ebenfalls geprügelt. Als der Volkshaus anwuchs, eilten mehrere Reservisten in die nahe gelegene Regimentskaserne, um Hilfe zu holen. Die Constabler gaben das Alarmzeichen, und der Kampf zwischen beiden Parteien begann von neuem mit verstärkten Kräften und in wachsender Erbitterung. Mehrere Constabler und Leute aus dem Volke flüchteten in einen Cigarrenladen. Die Soldaten stürmten nach, zertrümmerten, was ihnen in den Weg kam, und richteten so in dem Laden große Zerstörungen an. Erst allmählig gelang es, die Ruhe herzustellen, indem eine Abtheilung Bürgerwehr anrückte und die Kämpfenden aus einander trieb. Die erste Veranlassung zu dem Kampfe soll ein Streit gewesen sein, der sich wegen der Benutzung des Trottoirs zwischen mehren Civilisten und den Kriegsveteranen entspann. — Der durch die heutigen Zeitungen veröffentlichte Armeebefehl des Generals Wrangel hat wegen seines bedeutungsvollen Inhalts überall in der Stadt großen Eindruck gemacht. Nicht minder der geistesverwandte Erlass des hiesigen Gouvernements an die Soldaten. Man bringt damit ganz unwillkürlich das heute als bestimmt verbreitete Gerücht in Verbindung, daß der General v. Pfuell in das neue Ministerium eintreten, vielleicht sogar dessen Präsidentschaft übernehmen werde, und schließt aus allen diesen Erscheinungen wol nicht mit Unrecht, daß man in Potsdam entschlossen sei, der jüngsten Wendung der Dinge gegenüber eine entschiedene Haltung als bisher anzunehmen. Hr. v. Beckerath soll nach dem Scheitern seiner Ministercombination bereits wieder abgereist sein. Hr. Eichmann ist das Ministerium des Innern zugeordnet.

Berlin, 19. Sept. Der durch die heutigen Zeitungen veröffentlichte Armeebefehl des Generals v. Wrangel hat die hiesige Bevölkerung mitten in der tiefsten Ruhe wahrhaft aufgeschreckt. Heute Abend werden die Clubs die Sache in die Hand nehmen. Namentlich wird im Volkclub eine an die Nationalversammlung zu richtende Aufforderung beantragt werden, welche dahin geht, daß die Versammlung sich für souverain erkläre und den Soldaten den Gehorsam gegen die Gewalt des Hrn. v. Wrangel als eine usurpirte unterfagt.

Auf den Antrag des Abg. Dr. Brehmer hat die Centralabtheilung der Constituirenden Versammlung einstimmig anerkannt, daß es dem staatlichen Verband obliege, für die Unterstützung solcher Familien, welche bei Zusammenziehung der Landwehr durch Einberufung ihrer Versorger vorübergehend in ihrem Einkommen geschmälert und hülfsbedürftig geworden sind, in dem Sinne Fürsorge zu treffen, daß diese Familien vor Mangel geschützt und vor dem Versinken in Armuth bewahrt werden. Die Abtheilung hat beantragt, das Staatsministerium zur Vorlegung eines diesen Grundsätzen entsprechenden Gesetzes nach dem Erscheinen der Gemeindeordnung zu veranlassen. (Eith. Nachr.)

*** Posen, 18. Sept.** Die seit drei Tagen hier umlaufenden und vielfach geglaubten Gerüchte von einem beabsichtigten neuen Aufstande der Polen beruhen offenbar auf einem Mißverständnis, denn welche Aussicht könnten die Polen in diesem Augenblicke, wo sie durchaus aller Waffen entbehren und nicht den kleinsten Heerhaufen schlagfertig aufzustellen im Stande sind, auch nur auf einen momentanen Erfolg eines nationalen Schilderhebung haben? Und doch müssen Anzeichen vorhanden gewesen sein, welche die größte Vorsicht von Seiten unserer Militairbehörden nöthig machten, da, wie verlautet, unser erster Commandant, der General v. Steinacker, jetzt die Nächte auf der Citadelle zubringt, überdies eine Menge Geschütze aufgezogen und die Truppen mit scharfen Patronen versehen, auch die Wachen überall vermehrt sein sollen. Wenn hiervon auch Manches übertrieben sein mag, so kann doch durchaus nicht in Abrede gestellt werden, daß die Wachsamkeit des Militairs verdoppelt ist und daß die Truppen der Ansicht sind, es werde nächstens zum Kampfe kommen, wozu unstreitig der Parolebefehl, daß keinem Offizier oder Soldaten fortan mehr als ein 24stündiger Urlaub bewilligt werden könne, viel beigetragen hat. Der Grund der neuen Maßnahmen liegt unserm Erachtens in der höchst auffälligen Anhäufung von Polen in unserer Stadt, die scharenweis und keineswegs in furchtsamer Haltung an den öffentlichen Orten erblickt werden. Fast alle Insurgenten von einiger Bedeutung sowie der größere Theil der Mitglieder des ehemaligen polnischen Nationalcomité, darunter Libelt, Palacz, Stefanski und Andere, sind jetzt hier und halten, wie glaublich verlautet, häufige Zusammenkünfte. Daß demnach neue Pläne für die Wiedergeburt Polens im Werke sein müssen, leidet wol keinen Zweifel; indessen trauen wir den Parteiführern doch mehr Urtheil zu, als daß sie es wagen sollten, in unserer Stadt oder Provinz, die mit verlässlichen Truppen hinlänglich besetzt ist, eine neue Schilderhebung zu versuchen. Haben sie die Absicht, das Glück der Waffen noch einmal zu versuchen, so ist Posen sicher nicht zum Schauplatz bestimmt, sondern Krakau oder einzelne Kreise von Galizien; wir glauben aber gar nicht, daß sie in diesem Augenblicke einen solchen Plan haben, sondern daß sie die jetzigen deutschen Wirren zu ihrem Vortheil ausbeuten zu können vermeinen. Es ist gewiß, daß die Polen in unserm Großherzogthum die

Absicht gehabt haben, lieber insgesammt dem Deutschen Bunde beizutreten als durch eine Demarcationslinie die Provinz spalten zu lassen: sie haben aber die diesfälligen Anträge nicht gestellt, weil sie aus dem demoralisirten Zorn in Frankfurt a. M. sich zu dem Schlusse berechtigt halten: das einige deutsche Reich werde nicht zu Stande kommen, und Nord- und Süddeutschland einander bald feindlich, als Monarchie und Republik, gegenüberstehen. Sie halten diese Ansicht so fest, daß sie nur mit Lachen antworten, wenn man von der großen Macht des vereinten Deutschlands zu ihnen spricht. Größere Hoffnungen gründen sie unbezweifelt noch auf die unglücklichen berliner Zustände. Der Himmel verhüte neue Kämpfe mit den Polen; sollte es je dazu kommen, unsere Truppen würden wenig Schonung zeigen.

Die Stimmung unserer angezogenen Bürgerchaft ist in diesem Augenblicke sehr aufgereggt, und zwar gegen das Ministerium des Innern. Die Stadt, von Lasten und Abgaben aller Art erdrückt und durch Mangel an Verkehr sehr herabgebracht, will sich von einer durch die frühere Herrschaft ihr aufgezwungenen Last, der Zwangsbetheiligung an der Provinzial-Feuer-Versicherungs-Societät, einem Geschenk des Jahres 1836, wieder befreien, wie dies andere Städte bereits längst gethan haben, kann dazu aber unbegreiflicherweise die Einwilligung des gedachten Ministeriums nicht erlangen. Unsere Hausbesitzer zahlen seit mehr als zwanzig Jahren jährlich 16—30,000 Thlr. an Beiträgen und haben durchschnittlich in dieser Zeit nur 500 Thlr. an jährlichen Brandentschädigungsgeldern erhalten. Auf das Gesuch unserer Bürger, aus der Zwangsverbindung auscheiden zu dürfen, hat das frühere unverantwortliche Ministerium die Antwort ertheilt: dies könne nur mit Zustimmung der Stände der Provinz geschehen. Auch das jetzige Ministerium, das doch die Pflicht erkennen sollte, die so hart getroffene Stadt in etwas zu erleichtern, hat die Sache auf die bekannte lange Bank geschoben. Ungefähr tausend hiesige Hausbesitzer haben sich demnach dahin geeinigt, eine Deputation nach Berlin zu schicken, um die Auflösung des Provinzialverbandes zu erwirken; auch sollen sie sich sämmtlich das Wort gegeben haben, die Beiträge fortan nicht mehr zu zahlen. Freilich dürfte ein großer Theil derselben sie auch nicht mehr zahlen können.

Stettin 18. Sept. Gestern traf eine Staffette an das Oberpräsidium der Provinz und das Generalcommando hier ein. Dem Bericht nach hat sie in Plessan ausgebrochene Unruhen gemeldet. — Heute ist der pommersche Communallandtag hier zusammengetreten. (Ostf. 3.)

Münster, 15. Sept. Vor einiger Zeit ist das zweite Erkenntniß in der Untersuchungssache des Gutsbesizers Fraling ergangen. Es lautet auf Bestätigung des ersten, wodurch Fraling wegen Verleitung zum Aufruhr zu einem Jahre Festung verurtheilt wurde. Fraling hatte, als die übertriebensten Nachrichten von der berliner Revolution am 18. und 19. März in das Münsterland gedrungen, und es allgemein hieß, daß in Berlin jede Regierungsgewalt aufgehört, im Städtchen Steinfurt zu den versammelten Landleuten gesprochen und sie aufgefordert, am andern Tage nach Münster zu ziehen und dort eine provisorische Regierung einzurichten. (Nat. 3.)

Köln, 17. Sept. Der bisherige Commandant der Bürgerwehr, Regierungspräsident v. Wittgenstein, hat sein Commando niedergelegt.

Österreich.

† **Pesth, 16. Sept.** Eine gestern Abend eingetroffene Staffette brachte die entsetzliche Nachricht, daß auch der General Adam Teleki, welcher an der Spitze der dem Ban Jellachich entgegengestellten Truppen steht, die ungarische Sache verrathen und mit Jellachich offen zusammenhält. Er hat dem königl. Regierungskommissar Csanyi mündlich und schriftlich erklärt, daß er und sein Offiziercorps beschlossen, gegen Jellachich nicht zu kämpfen, er erkenne kein ungarisches Ministerium an und gehorche nur seinem König. Jellachich verlangte zwar von Teleki, daß er mit seinem Heere nach Steiermark abziehe, Teleki erwiderte aber, daß er lieber auf die Seite gehen werde, um ihm (Jellachich) den nöthigen Proviant zu verschaffen! Als der Ministerpräsident Batthyany diese Depesche um 10 Uhr in der Nacht dem Hause vorlegte, brach ein unbeschreiblicher Sturm aus. „Verrath und Tod!“ donnerte es im ganzen Hause. Batthyany und Kossuth machten nun den Vorschlag, den Erzherzog-Palatin aufzufodern, daß er selbst in das Lager abgehe und das Heer anführe. Die Deputation, welcher diese Aufforderung dem Erzherzog überbrachte, kam mit der Erklärung derselben zurück, daß er seiner Palatinalpflicht gemäß bereit sei, sogleich persönlich die Heeresführung anzutreten. Die drei Volksrepräsentanten Moriz v. Perzel, Samuel v. Bonisch und v. Ustalos wurden hierauf dem Erzherzog als außerordentliche Commissare beigegeben. Die Sitzung ward erst nach 2 Uhr geschlossen, und heute früh ist der Erzherzog mit 6000 Nationalgardien nach Beszprim abgegangen, wo die ungarischen Streitkräfte concentrirt werden sollen. General Teleki befindet sich auf seinem Rückzuge ebenfalls bei Beszprim. Er soll vom Erzherzog vor

ein Krieg
nen Sinn
nächsten
Heute
tion des
Dynastie
zu gegen
nig, welc
Statthalte
überbringe
ber beschl
hin noch
regeln für
Nachd
Jellachich
Kesthely
sich gewiß
von Nation
natelang i
garischen
schlecht Te
Hause ver
eine Dhm
Nach
überzugeh
versehen w

Pesth
thyany hat
Erungen
land und be
mer schwer
Nachdem der
müht er sich
und Drau
den so viel
rechtmäßig
erniedrigen.
ten des Bata
ich mich, all
erschaft an
Jahrhunderte
ameisend, un
Männer aus
rückenden Fei
richteten Sch
gen Vertheidig
durch die reg
bei ihm Bern
einem Worte:
halten, Alles
rückschlagend
angreifenden
weisen, daß d
verlegten Red

Presbu
dem die un
kaiserlich öst
in der betrüb
Der presburg
schen Dynasti
als schwarze
für die Freie
illa will er
and erwartet

Sünkt
immer die Fe
renwerthe Ma
ringsten Zweif
gehen lassen,

Trest,
doot Solon n
den kommend
sind, von Bän
die Fregatte

Bern, 1
ward eröffnet
sei, die Untersu
niederzuschlage
darüber entschi

ein Kriegsgericht gestellt werden. Handelt aber der Erzherzog im eigentlichen Sinne gegen die Camarilla? oder ist er auch ihr Werkzeug? Die nächsten Tage werden es zeigen.

Heute geht auch eine aus zwölf Mitgliedern bestehende Deputation des Landtags an den Wiener Reichstag ab, um den Verrath der Dynastie gegen die Freiheit der österreichischen Völker darzulegen und zu gegenseitigem Schutze die Hand zu bieten. — Die Antwort des Königs, welche die Bestätigung oder Nichtbestätigung des vom Erzherzog-Statthalter vorgeschlagenen Batthyany'schen Ministeriums überbringen soll, ist noch immer nicht angelangt. Das Haus hat daher beschlossen, bis heute Abend noch abzuwarten, wenn aber bis dahin noch keine Antwort erfolgt, zu den nöthigen außerordentlichen Maßregeln für die Rettung des Vaterlandes zu greifen.

Nachdem der verrätherische General Adam Teleki Großkanisa dem Jellachich ohne Schwertstreich überlassen, ist der Letztere bereits bis Kesthely vorgebrungen. Die Festungen Arad und Temeswar werden sich gewiß für Jellachich erklären. Die starke Festung Komorn ist aber von Nationalgarden besetzt und kann daher allein den Jellachich momentan im Schach halten. So viele Verräther auch unter den ungarischen Magnaten von je her gewesen, so war doch das illustre Geschlecht Teleki stets rein geblieben. Als die oben erwähnte Depesche im Hause verlesen ward, befahl den anwesenden Grafen Domokos Teleki eine Ohnmacht.

Nachschrift. Der General Teleki hat gedroht, zu Jellachich überzugehen, wenn ihn der Regierungskommissar nicht mit Proviant versehen werde.

Pesth, 15. Sept. Der neue Ministerpräsident Graf Ludwig Batthyany hat folgenden Aufruf erlassen: Jene Gefahr, die seit den neuern Erwerbungen der constitutionellen Freiheit für das ungarische Vaterland und besonders für die ungarische Nation von Minute zu Minute immer schwerer anwuchs, ist nun in ihrem ganzen Umfang ausgebrochen. Nachdem der Feind den Drau-Gordon auf drei Seiten offen angriff, bemüht er sich nun, die Gegenden unsers Vaterlandes zwischen der Donau und Drau mit bewaffneter Macht in Besitz zu nehmen, jenen Boden, für den so viel Blut unserer Väter floß, uns, den getreuen Nachkommen, unrechtmäßig zu entreißen und die ungarische Nation zur Knechtschaft zu erniedrigen. Jener Pflicht gemäß also, die mich als den Ministerpräsidenten des Vaterlandes an das Vaterland und an die Nation knüpft, beileide ich mich, alle Bürger des Vaterlandes aufzurufen, daß sie die Einwohnerhaft an die heilige Vaterlandsliebe und an das edle Gefühl der seit Jahrhunderten bestandenen constitutionellen Freiheit ermahnen, und dabei aneifernd, unverzüglich einen Landsturm bewerkstelligen, alle waffenfähigen Männer ausheben und dort concentriren mögen, wo von Seiten des vorrückenden Feindes am meisten die Gefahr droht; ferner die dermaßen errichteten Scharen mit geeigneten Anführern, Munition und den nothwendigen Vertheidigungsmitteln versehen, und so den Feind, bevor er von vorn durch die reguläre Armee angegriffen wird, von jeder Seite beunruhigen, bei ihm Verwüstung anrichten, und ihm alle Lebensmittel abschneiden, mit einem Worte: für ihre strenge und zugleich schönste und patriotische Pflicht halten, Alles Das in Bewegung zu setzen, was zum Zurückdrängen, Zurückschlagen und zur Erniedrigung des wild empörten, uns unrechtmäßig angreifenden Feindes dienen könnte, und zugleich der gebildeten Welt beweisen, daß die ungarische Nation noch stark und mächtig genug ist, ihre verletzten Rechte mit den Waffen zu verteidigen und zu beschützen.

Presburg, 15. Sept. Unsere Stadt ist nicht zu kennen. Seitdem die ungarischen Deputirten von dem König von Ungarn eine kaiserlich österreichische Antwort erhielten, und damit das Vaterland in der betrübendsten Gefahr schwebt, rüstet sich Jung und Alt zum Kriege. Der presburger Bürger war gewiß der wärmste Freund der österreichischen Dynastie, man verspottete ihn mit den hochadeligen Reactionairen als schwarzzgelb, aber er ist erwacht und hebt die nationale Tricolore für die Freiheit seines Vaterlandes empor. Den Druck der Hofcamarilla will er nicht dulden; er wirft den Mantel der Lethargie von sich und erwartet mit heißem Blute die drohenden Gefahren. (Dest. 3.)

Fünfkirchen, 12. Sept. General Jowich in Esfegg hat noch immer die Festungswälle mit Kanonen besetzt, und wenn dieser ehrenwerthe Mann seine Gefinnungen beibehält, woran wir nicht den geringsten Zweifel hegen, wird der „liebe Ban Jellachich“ sich's wol vergehen lassen, sich dem Rayon dieser Festung zu nähern. (Dest. 3.)

Triest, 14. Sept. Heute früh hat das französische Kriegsdampfschiff Solon mit zwei Kanonen und 100 M., von Venedig in 10 Stunden kommend, auf unserer Rhede Anker geworfen, und Nachmittags sind, von Venedig kommend, das englische Kriegsdampfschiff Locust und die Fregatte Spartan hier eingetroffen. (Dest. 11.)

Schweiz.

Bern, 15. Sept. In der heutigen Sitzung der Tagsatzung ward eröffnet, daß von Schwyz der Antrag beim Vorort eingelangt sei, die Untersuchung gegen die Sonderbundsanstifter und Hochverräther niederzuschlagen, wobei der Vorort ersucht wird, bis die Tagsatzung darüber entschieden haben werde, die Regierung von Luzern zu ersuchen,

die Untersuchung einstweilen einzustellen. An den Bundespräsidenten ist ein Petition vom Ingenieur Wagner in Burgdorf eingelangt, welches in sehr kategorischen Ausdrücken den Vorschlag enthält, um zu verhindern, daß die Schweizerregimenter in Neapel nicht ferner der Reaction dienen, solle man sie bedrohen, bei Wiederholung dieses Falles ihnen das Actiobürgerrecht, Cantonsbürgerrecht und die Befugniß, je wieder den Schweizerboden zu betreten, zu entziehen. Wenn der Bundespräsident diesen Antrag nicht sofort der Behörde zur Schlußnahme vorlege und innerhalb drei Tagen darüber Antwort ertheile, so müsse ihn der Brieffsteller als mit der Reaction einverstanden und als Verräther betrachten und werde die weitem Maßregeln durch die öffentliche Presse ergreifen. Die Verlesung dieser Art von Vorstellung veranlaßte in der Versammlung viele Heiterkeit und es wurde darüber zur Tagesordnung geschritten. (N. 3. 3.)

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

Handel und Industrie.

Wiener Börse, 17. Sept. Met. 5pc. 79 3/4; Nordb. 106; Olozza. 96; Mail. 73; Livorn. 66; Pesth. 65.

Berliner Börse, 19. Sept. Preuß. Fonds und Geldsorten: Staatsf. 3 1/2 pc. 73 3/8, Sechsl. Präm. 87 1/4, Pfandbr. westpr. 3 1/2 pc. 79 3/4, wesen. 4pc. 95 3/4, neue 3 1/2 pc. 78 1/2 Br., ostpr. 3 1/2 pc. 86 1/4, pomm. 3 1/2 pc. 89 3/8, kur- und neumark. 3 1/2 pc. 89 1/4, Bankanthe. 84 1/2, Friedb. 113 1/2, Louisd. 112 1/2, Disconto 4 Proc. — Eisenbahn-Actien. Volk eingezahlte: Berg.-Märk. 4pc. 58 1/2 Br., Berl.-Anhalt. Litt. A. u. B. 85, Prior.-Act. 4pc. 83 1/2 Br., Berl.-Hamb. 65, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 89 1/4 Br., Berl.-Potsd.-Magdeb. 4pc. 52, Prior.-Act. A. u. B. 5pc. 86 1/4 Br., Berl.-Stett. 88 Br., Köln-Mind. 4pc. 75, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 89 1/4 Br., Cracau-Oberschl. 4pc. 42 1/2, Düßeld.-Ebf. 5pc. 67, Prior.-Act. 4pc. 75 Br., Kiel-Altonaer 4pc. 87 1/2, Magd.-Halb. 4pc. 101 Br., Mecklenb. 4pc. 34, Niederschl. 4pc. 68 1/2, Prior.-Act. 4pc. 81 1/2, 5pc. 94 1/2, Prior. Serie III. 5pc. 88 1/2, Zweigb. Prior.-Act. 5pc. 75 1/2 Br., Oberschl. Litt. A. 3 1/2 pc. 88 1/4, Litt. B. 3 1/2 pc. 88 1/4, Rhein. 53 1/4, Pr. St. 4pc. 68 1/2 Br., Prior.-Act. 4pc. 75 Br., Starg.-Pos. 66, Thür. 4pc. 51 1/2, Prior.-Act. 4 1/2 pc. 82. — Quittungsbogen: Berl.-Anh. Litt. A. 4pc. 83 1/4, Nordb. (Fr. B.) 4pc. 42. — Ausländische Fonds: Russ. Engl. Anleihe 5pc. 100 1/2, 2. — 5. Anl. (Stiegl.) 4pc. 82 1/2, Poln. Schatzobl. 4pc. 66 1/4 Br., Poln. Pfandbr. (alte) 4pc. 91 1/4, (neue) 4pc. 91, Part. à 500 Fl. 4pc. 67 Br., à 300 Fl. 94, Pol. Bank-Cert. Litt. A. 300 Fl. 5pc. 77, Bank-Cert. zinstl. 12 1/2, Pesth. Präm.-Sch. à 40 Thlr. 26 Br., Neue bad. Anl. à 35 Fl. 14 1/2 Br.

Leipziger Börse am 20. Sept. 1848.

Table with columns: Course, Angebots, Gesucht, Staatspapiere, Aktien, Angebots, Gesucht. Lists various market rates for different locations and securities.

*) I. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Dr. H. Kaiser.

Druck und Verlag von J. W. Brockhaus in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n .

COLONIA.

Feuer - Versicherungs - Gesellschaft in Köln.

Grund-Capital: Drei Millionen Thaler.

Die Gesellschaft versichert auch für die Dauer der Messen gegen verhältnismäßige billige und fixe Prämien. Die Policen werden hier gezeichnet durch
General-Agentur Leipzig.

[2972-74]

Julius Meissner,
Comptoir: Große Feuerkugel, Universitätsstraße Nr. 4.

Verpachtung des zur Schank- und Gastnahrung geeigneten, neu erbauten Schießhauses Nr. 6/127 in der freien Badestadt **Teplitz.**

Von der bürgerlichen Schützengesellschaft zu Teplitz wird hiermit bekannt gemacht, daß das elegante, neu erbaute Schießhaus vom 1. November 1848 an, auf drei nach einander folgende Jahre im Offertwege verpachtet wird.

Es werden demnach sämtliche Unternehmungslustige hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß sie ihre versiegelten Offerten bei dem Schützenvorstande in Teplitz, Marktplatz N. C. 42, portofrei, längstens bis 15. October 1848 einzureichen haben, bei welchem auch die Pachtbedingungen einzusehen oder in Abschrift erhoben werden können.

Badestadt Teplitz, 12. Sept. 1848.

[2937-39]

Johann Franz Hans, Schützen-Vorsteher.

Mein Lager echter Havana-Cigarren

in alter vorzüglicher Waare empfehle ich.

[3040-41]

Carl Gottschalch, Nr. 37,
Ecke des Brühls und der Ritterstraße.

Lager Pariser Schnupftabacke,

als: echten Tabac de Paris, sowie von Augsburg, Frankfurt, Köln, Lahr, Offenbach und Offenburg empfehlen
Schuchard & Planitz, am Markt unterm Café national.



Post-Dampfschiffahrt zwischen Newyork und Bremen.

Die amerikanischen Postdampfschiffe **Washington**, Capt. J. Johnson, und **Hermann**, Capt. Crabtree, werden für das Jahr 1848 eine regelmäßige monatliche Verbindung zwischen Newyork und Bremen unterhalten, und zwar so, daß ein Dampfschiff abgehen wird am 20. eines jeden Monats von Newyork nach Bremen, am 15. eines jeden Monats von Bremen und am 20. von Southampton nach Newyork.

Passage-Preis: von Newyork nach Bremen 120 Dollars; von Bremen nach Newyork 195 Thlr. 1/2 or à 5 Thlr.; von Bremen nach Southampton 30 Thlr. 1/2 or à 5 Thlr.

Wegen Fracht und Passage beliebe man sich zu melden bei

C. A. Heineken & Comp. in Bremen.

Jos. Rodn. Croskey in Southampton. — **Wm. Iselin** in Havre.

Fernere Auskunft sind bereit zu erteilen: Herren **Kühn & Co.** in Köln, **C. Fay** in Aachen; **J. H. Albers** in Barmen; **G. H. Goundie** in Basel; **F. A. Sieland** in Leipzig; **Wilh. Löwenthal** in Wien; **Phaland & Dietrich** in Berlin.



Dampfschiffahrt des Königsberger Handelsvereins

zwischen **Stettin** und **Königsberg,**

in Verbindung mit den Dampfschiffen nach **Danzig, Elbing** und **Memel.**

Das schnellfahrende Dampfschiff „**Königsberg**“, elegant und bequem eingerichtet, geht jeden Freitag 5 1/2 Uhr früh von **Stettin** und jeden Dienstag 5 1/2 Uhr früh von **Königsberg** ab und legt die Fahrt bei gewöhnlichem Wetter in 36 Stunden zurück. Die Güter können direct an unterzeichnete Agentur adressirt werden, welche gegen Spesen von 1 Sgr. pr. Centner, bei Ueberladung 1 1/2 Sgr. pr. Centner, bei vorheriger Lagerung unter Asscuranz, die Beförderung pünktlich besorgt.

Direction der Dampfschiffahrt des Königsberger Handelsvereins. [2930-32]

Agentur in Stettin: Herrmann Schulze, Geschäftslocal am Landungsplage der Dampfschiffe.

Agenturen-Gesuch für Berlin.

Ein in Berlin seit mehreren Jahren ansässiger junger Kaufmann, der sich der ausgebreitetsten Bekanntschaften zu erfreuen hat, wünscht renommirte Häuser verschiedener Branchen als Agent in Berlin zu vertreten. Hinsichtlich seiner Solidität und Thätigkeit wird Herr **C. A. Bassenge** in Leipzig ern bereit sein, genügende Auskunft zu erteilen. [2986-89]

Metzger & de Bary
aus **Barmen**

haben ihr Verkaufs-Local in der ersten Etage **Reichsstrasse Nr. 10/542,** neben den Herren Berger & Voigt, vis-à-vis von **Koch's Hof.** [3035-37]

Lösener & Schoch
aus **Magdeburg**

sind auch für die Dauer dieser Messe hier anwesend in ihrem gewöhnlichen Locale im **Fürstenhause, Grimmaische Straße Nr. 15,** erste Etage.

Wollhaargestoffe

(zu Reublesbezügen, Unterkleidern u. s. w.) und

Wolsterhaare empfiehlt billigt

Meyerstein Aronheim & Co.
aus **Berlin,**

zur Messe hier **Brühl Nr. 65.** [2991-96]

J. N. Henckels

aus

Solingen und Berlin



(Fabrik-Stempel)

empfehlen sein Lager **feiner Stahlwaaren u. Waffen.**
Auerbach's Hof, Gewölbe Nr. 16.

Das Thee-Lager

bei **Kretschmann & Gretsche,**

Natharinenstraße Nr. 18,

empfehlen echt chinesisches grüne und schwarze Thee in allen extrafeinen, feinen und Mittel-Qualitäten, zu den billigsten Preisen und in frischer Waare.

Einem hochzuverehrenden Publicum empfehle ich mein neu eingerichtetes Gasthaus

Hotel de Russie

bestehend. Mit Hochachtung und Ergebenheit

August G. M. Cramer,
früher Oberkellner im Hotel zur Stadt Gotha in Dresden.

Leipzig, im September 1848. [2985-86]

Gesuch. Ein junger Mann, welcher die Weberei erlernt, die Fabrikation der Tritt-Jacquards- und Doppel-Stoffe in Baumwolle, Wolle und Seide, sowie der Sammete, Plüsch, Gazen und Bänder genau kennt, sich in den Zusammenstellungen der Farben und der Muster durch mehrjähriges Arbeiten in einem bedeutenden Manufacturwaaren-Geschäft ausgebildet, der doppelten Buchführung völlig mächtig und sich in jeder Hinsicht der besten Zeugnisse erfreut, sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine Stelle in einem Fabrikgeschäft, welche er von künftigen Neujahr an bekleiden kann. Offerten bittet man gefälligst in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung niederzulegen. [3038]

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Abonnement für die Messe: für 4 Wochen 1 Thlr., für 14 Tage 15 Ngr., jede einzelne Nr. 2 Ngr.

Inserate: der Raum einer Zeile wird mit 2 Ngr. berechnet.

Expedition: Querstrasse Nr. 8/1249, wo Inserate und Abonnements angenommen werden und die Zeitung von Abends 6 Uhr an abzuholen ist.

(Mit einer Beilage.)

Stalier
Portug
Frankr
der in
wahlen
Gener
Großb
Bereit
ren.
Niederl
stände.
Türkei.
Sbrabin
Neueste
Wissenf
Ankünd

* Kom
geben ers
del Popol
festes der
Rom, ein
ordentlich
fer Tag.
bereitet.
Kunde ma
und den P
del Popol
gelangen
regen fall
gehalten w
alle Worber
lizei dazu
nungen an
auf den beg
der Erfolg.
rung vorna
dividuen au
die Gemüth
ja, die Re
ter gehen k
und dem g
ben müssen.
dem angekün
überdruß, er
nienmilitair
doch Alles b
die römischen
doch ohne a
fährllichsten
In Ma
wehr und P
höhern österr
binriere mit
durchlöcherte.
dieses Monat
nien mit zwei
dortigen Besa
ten zu nöthig
vereinigen sich
um auf den e
schüsse und T

Das Da
mit Nachrichte
von dem Ausb
tantaine über
Vorstellungen
Regierung hat
von 1842 ange
nisse beider Län

Paris, 1
In der gest
eigentlich der C

Uebersicht.

Italien. *Rom. Das Madonnenfest. Modena.
Portugal. Lissabon. Revision des Handelsvertrags von 1842.
Frankreich. Nationalversammlung. Interpellation und Debatte wegen der in die Provinzen abzuschickenden Commissarien. Die Ergänzungswahlen. Venedig und der Waffenstillstand. Paris. Der Vater des Generals Cavaignac.
Großbritannien. Das Marinebudget. Sir Ch. Napier's Flotte. Irland.
Vereinigte Staaten. Expedition nach der Sierra Madre. San Buen. Tumult in Cincinnati, General Laue.
Niederlande. Betrachtungen eines Deutschen über die deutschen Zustände.
Türkei. Δ Konstantinopel. Deutsches Fest. Die dänische Gesandtschaft. Ibrahim-Pascha. Die Donaufürstenthümer.
Neueste Nachrichten.
Wissenschaft und Kunst.
Ankündigungen.

Italien.

* Rom, 8. Sept. Von seinem ganzen geistlichen Hofstaat umgeben erschien der Papst diesen Morgen in der Kirche Santa Maria del Popolo zur Assistenz der Feier des heute wiedergekehrten Geburtsfestes der Madonna. Der 8. Sept. ist in Italien, vorzugsweise in Rom, ein Hochfest; wenige kirchliche Solennitäten pflegen eine so außerordentlich große Volksmenge von nah und fern herbeizuziehen als dieser Tag. Aber die Römer wurden diesmal unter Angst auf ihn vorbereitet. Ein dunkles, in den verschiedensten Volkskreisen gestern die Kunde machendes Gerücht sagte ein Factionsattentat auf die Cardinäle und den Papst in dem Augenblicke an, wo sie über die weite Piazza del Popolo durch das dichte Menschengewühl zu der genannten Kirche gelangen würden. Auf und in den Wagen des Papstes sollte ein Steinregen fallen, mit den hohen Prälaten und Cardinälen sollte Halsgericht gehalten werden. Unter solchen Umständen erließen die von der über alle Vorbereitungen der ultraliberalen Wähler genau unterrichteten Polizei dazu aufgeforderten Rionenchefs noch gestern Abend dringende Mahnungen an die Civica, doch ja in vollständigen Bataillonen heute sich auf den bezeichneten Punkten zu concentriren. Allein sehr gering war der Erfolg. Seit man mit dem ersten Bataillon (Monti) eine Säuberung vornahm und auch aus den übrigen die moralisch inficirten Individuen auszusondern Anstalt gemacht, ist große Verstimmung über die Gemüther gekommen; der Dienst wird als eine Plage betrachtet, ja, die Regierung hat in ihrer Civicareform nicht allein nicht weiter gehen können, sie hat auch gute Miene zum bösen Spiel machen und dem ganzen Bataillon Monti die sequestrirten Waffen wiedergeben müssen. Wie gesagt, die römische Civica, sei es aus Furcht vor dem angekündigten Sturmausbruche, sei es aus Misbehagen und Selbstüberdruß, erschien nur in spärlichen Fähnlein. Dagegen war alles Linienmilitair unter den Waffen. Der verhängnißvolle Augenblick kam, doch Alles blieb ruhig, und wir sahen heute wieder recht klar, wie die römischen Wähler bei aller Taktik des Anzetteln und Aufstachelns doch ohne allen thatfertigen Muth sind. Noch heute sollen die gefährlichsten verhaftet werden.

In Modena wird es von Tag zu Tag bedenklicher: Bürgerwehr und Polizeimilitair verfolgen sich mit tödtlichem Haß. Einem höhern österreichischen Offizier, der vermitteln wollte, dankte ein Carabiniere mit einer Pistolenkugel, die ihm glücklicherweise nur den Hut durchlöcherte. Ein herzogliches Rundschreiben bestimmte zu Anfang dieses Monats: Im Fall eines Alarms sollen zwei Grenadiercompagnien mit zwei Geschützen nach der Residenz eilen zur Unterstützung der dortigen Besatzung; vier Kanonen werden in der Citadelle bereitgehalten zu nöthiger Abfahrt in die Stadt; die estensischen Linientruppen vereinigen sich auf dem Piazzale der Citadelle mit den österreichischen, um auf den ersten Wink in die Straßen zu dringen. Drei Kanonenschüsse und Trommelschlag sind das Alarmzeichen.

Portugal.

Das Dampfschiff Jupiter kam in Southampton am 16. Sept. mit Nachrichten von Lissabon vom 10. Sept. an. Auf das Gerücht von dem Ausbruche der Cholera in England war eine strenge Quarantaine über alle englischen Schiffe verhängt, dieselbe aber auf die Vorstellungen des englischen Consuls wieder aufgehoben worden. Die Regierung hat bei Lord Palmerston auf eine Revision des Vertrags von 1842 angetragen, um eine Erniedrigung der Zölle auf die Erzeugnisse beider Länder zu bewerkstelligen.

Frankreich.

Paris, 17. Sept.
 In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, in welcher eigentlich der Gesetzentwurf über die Colonisation Algeriens zur Bera-

thung kommen sollte, ereignete sich ein Zwischenfall, der die gegenwärtige Regierung leicht hätte stürzen können. Die schon gestern erwähnte Notiz des National, daß die Regierung Commissarien zur Prüfung der Stimmung in den Provinzen abschicken wolle, veranlaßte eine Interpellation des Hrn. Baze über die Wahrheit dieses Artikels. Der Minister des Innern erwiderte etwas befangen, daß die Republik doch nicht die alten, ihr feindlichen Beamten beibehalten könnte, da die Verwaltungsmaschine mit dem Geiste der Regierung in Einklang gebracht werden müsse. Auch müsse sich letztere und die Versammlung über die Stimmung und die Bedürfnisse des Landes unterrichten, und der öffentliche Geist in den Provinzen aufrecht erhalten und wo nöthig gestärkt werden. Dazu seien diese Commissarien aus der Mitte der Nationalversammlung bestimmt. Hr. Baze war mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er begreife gar nicht, wie die Regierung außerhalb der Versammlung eine Unterstützung suche, welche ihr diese nie versagt habe, denn einzelne nach Gutdünken gewählte Mitglieder könnten nicht als autorisirt von der Versammlung betrachtet werden. Die Regierung habe nicht das Recht, zwischen die gesetzlichen Vertreter des Landes und des Volks Personen treten zu lassen, welche nicht von den Constituenten erwählt worden, und den Glauben erzeugen würden, daß zwischen der Regierung und der Versammlung ein Meinungszwiespalt bestehe, den man durch eine nicht zu billigende Vermittelung beilegen wolle. Die Wahlen würden unzweifelhaft eine gewisse politische Färbung haben, und dadurch die republikanische Gesinnung der übrigen Abgeordneten verdächtigt werden. Hr. Sarrans vertheidigte die Maßregel der Regierung und behauptete, es sei sogar wünschenswerth für die Mitglieder der Versammlung, wenn sie sich über die gegenwärtige Stimmung und das politische Wollen der Provinzen aufklären könnten. Hr. de Fallour sagte, die Maßregel sei eine Misstrauenserklärung gegen die Majorität, welche doch die Republik aufrichtig angenommen und in den Junitagen mit ihrem Blute vertheidigt habe. Wenn die Commissarien abgeschickt würden, um Absehung und Beförderungen vorzunehmen, so könnte dies nur die Provinzen in neue Unruhe versetzen. Sollten sie die Präfecten und die Generalprocuratoren beaufsichtigen, so würde sich der Beamtenstand verletzt fühlen. Bessere Auskunft über die Stimmung der betreffenden Provinzen als die Abgeordneten würden sie, die mit den Localverhältnissen ganz unbekannt seien, gewiß nicht erlangen. Erhielten die Commissarien unumschränkte Vollmacht, so werde der Belagerungszustand auf die Provinzen ausgedehnt. Die Commissarien seien lebendige Circulare, und die Nationalversammlung habe schon wiederholt ausgesprochen, was sie von Circularen denke. Man spreche von der Nothwendigkeit, die öffentliche Meinung zu leiten; er habe immer geglaubt, das Land habe seine Meinung auszudrücken, und der Regierung ihre Richtung zu geben, nicht aber diese ihre Richtung dem Lande. Es handle sich hier um die gemäßigete Republik und um die, welche es weniger sei. Die gemäßigete sage: Wir sind das Land, und der Beweis davon ist, daß die allgemeine oder die Localwahlen uns alle Recht gegeben haben. Die andere Republik erwidere: Nein, wir appelliren vom Land an unsere eigne Weisheit, von seiner Macht an unsere eigne Macht, und wir wollen auf eigne Hand die Erziehung des Landes besorgen. Weil im letztern Sinne der Plan, Commissarien in die Provinz zu schicken, gefaßt sei, verwerfe er ihn; wolle es aber die Regierung zur Untersuchung von Zuständen, deren Gefahr vielleicht der Versammlung noch unbekannt sei, so möge die Versammlung morgen eine Commission ernennen. Der Minister des Innern erklärt nochmals, daß die Executivgewalt nicht bloß die Republik zu erhalten, sondern auch die Gesellschaft zu leiten habe, zu welchem Zwecke sie sich über die Bedürfnisse und Wünsche des Landes aufklären müsse. Von Commissarien könne man eigentlich nicht sprechen. Die ganze Verhandlung war in der größten Aufregung geführt worden, welche noch steigt, als der Justizminister Marie erklärt, die Regierung werde die beabsichtigte Maßregel nicht aufheben. Eine große Anzahl Abgeordneter verlassen ihre Plätze und umdrängen die Ministerbank, wo sie mit großer Lebhaftigkeit mit General Cavaignac und den übrigen Ministern sprechen. Die Sitzung wird suspendirt. Die Minister treten in ein Nebenzimmer ab, um zu conferiren. Auch Hr. Marrast entfernt sich mit mehreren Repräsentanten. Um 5 Uhr beginnt die Sitzung von neuem und Hr. Marrast stellt den Antrag: Die Nationalversammlung, welche nach den eben gehörten Erläuterungen die Würdigung der vorgeschlagenen Maßregel der Verantwortlichkeit der Executivgewalt überläßt, geht zur Tagesordnung über. Hr. Baze schließt sich diesem Antrag an, der mit großer Majorität angenommen wird. Die gemäßigete Presse betrachtet diese Abstimmung als einen indirecten Tadel gegen die Regierung, welche die Ledru-Rollinschen Sendlinge habe wieder aufleben lassen wollen, und hofft, daß sie diese Warnung zu einer wiederholten Inbetriebnahme der beabsichtigten Maßregel benutzen werde.

— Die Ergänzungswahlen für Paris beginnen heute. Man glaubt, die Partei des National werde ganz durchfallen, und die beiden

Bary

10/542,
g l, vis-à-vis
[3035-37]

hoch

hier anwesend
enhouse,
erste Etage.

ffe

(f. w.) und
empfehlen
billigst
& Co.

[2991-96]

Stempel

Waffen.
Nr. 16.

nger

schel,
18,
warge Thee
Qualitäten,
Waare.

sie

mer,
dt Gotha

[2985-96]

er die We-
Jacquards
und Selbe,
und Bänder
ungen der
Arbeit
Geschäft
lig mach-
Zeugnisse
chen eine
von kün-
rten bittet
schen W-
[3038]

2 Ngr.

ie. Bei-

ge.)

Extremes, d. h. die rote Republik, Thore, Cabot, Raspail, oder die ultraconservative Partei, General Bugaud, Fould, Delessert oder auch Girardin, ja vielleicht L. Bonaparte werden siegen. Letzterer ist nach allen Seiten hin bemüht. Gestern vertheilte eine elegant gekleidete Dame seine Wahlbulletins vor der Passage Vendôme auf dem Boulevard du Temple, während 50 Schritt weiter ein elegant in Schwarz gekleideter Herr dasselbe that. Im Ganzen sind 41 Candidaten aufgetreten, 7 demokratische und sociale Republikaner, 2 von der Partei des National, 6 von der alten dynastischen Opposition, 7 alte Conservative, 2 Legitimisten, die Uebrigen unbekannter Größen.

— Die „Presse“ behauptet, Lord Ponsandby und Hr. de Lacour hätten am 7. Sept. an Hrn. v. Wessenberg eine Verbalnote gerichtet, in der sie erklärten, daß durch das Factum der Annahme der französisch-englischen Vermittelung Oesterreich sich stillschweigend des Rechts begeben habe, zu Feindseligkeiten gegen Venedig zu schreiten, da der Zweck der Vermittelung die friedliche Beilegung des Streits sei. Ohne Verzug habe darauf das österreichische Cabinet geantwortet: Die Notifikation des Waffenstillstands von Mailand war ein fait accompli, als Oesterreich und Sardinien die englisch-französische Vermittelung annahmen. Deshalb kann die Annahme der Vermittelung auf die Bedingungen des Waffenstillstands nicht rückwirkend sein. Die kais. Regierung nehme allerdings das Princip des Status quo als Basis der mit den vermittelnden Mächten anzuknüpfenden Unterhandlungen an; aber sie könne keinen andern Status quo anerkennen als den vom Waffenstillstande festgestellten, nach dem die kriegführenden Parteien wieder ihre vor Beginn der Feindseligkeiten innegehabten Stellungen einnehmen sollten. Deshalb halte sich Oesterreich für berechtigt, von Venedig die Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstands zu fordern, dessen sämtliche Vortheile Karl Albert bereits genossen, namentlich durch die Auslieferung seines in Peshiera gefundenen Artillerieparkes und den freien Durchzug seiner Truppen. Oesterreich protestire gegen die Annahme der vermittelnden Mächte und behalte sich in Bezug auf Venedig vollkommen freie Hand vor.

Paris, 15. Sept. Das Publicum wußte bis jetzt nichts von dem Vater des Generals Cavaignac, als daß er Mitglied des Convents war und als solches für den Tod Ludwig's XVI. votirte. Seitdem aber der General Cavaignac auf der Rednerbühne Gelegenheit zu der feierlichen Erklärung nahm, er sei stolz und glücklich, der Sohn eines solchen Mannes zu sein, hat sich die Neugier aufgemaht, um in den uns überkommenen Zeugnissen der Zeitgenossen nachzuforschen, ob und inwiefern der Chef des französischen Gouvernements berechtigt ist, unaufgefordert den Namen seines Vaters vor ganz Frankreich mit „Glück und Stolz“ auszusprechen. Und da hat man denn mit Ueberraschung erfahren, daß es der Volksrepräsentant Cavaignac war, der die Schande des schauerhaften Verbrechens trägt, welches an der Mademoiselle de Cabarrère verübt wurde. Cavaignac, der zur Zeit der Schreckensherrschaft als Commissar das Departement des Landes von einer Guillotine begleitet durchzog, hatte in Day den Vater der Mademoiselle de Cabarrère, der aristokratischer Grundzüge verdächtig war, einkerlern lassen. Die Tochter, ein junges Mädchen von seltener Schönheit, warf sich dem Conventsmitgliede Cavaignac zu Füßen, ihn um Schonung ihres Vaters anstehend. Cavaignac feht die Ehre der Tochter zum Preise. Diese opfert sich, um den Vater zu retten; aber vergebens, der Vater wird dennoch hingerichtet, und Niemand hat erfahren, was aus dem Mädchen, das wenige Tage nach der an ihr verübten Schandthat aus Day verschwand, geworden ist. Man hat späterhin dieses Verbrechen dem Conventsmitgliede Pinet zur Last legen wollen, aber, so heißt es in der Biographie universelle, wir haben Erkundigungen bei der Familie Cabarrère in Day eingegeben, die keinen Zweifel an der Schuld Cavaignac's erlauben. Letzterer hat sich übrigens während seiner ganzen politischen Laufbahn durch seine Grausamkeit bemerklich gemacht, selbst in einer Zeit, in der die Unthaten an der Tagesordnung waren. So ersieht man unter Anderm aus dem Moniteur vom 11. Febr. 1793, daß Cavaignac es ebenfalls war, auf dessen Antrag die achtzehn Mädchen aus Verdun, welche auf einem den preussischen Offizieren gegebenen Ball ge tanzt hatten, aufs Blutgerüst geschickt wurden. Von Verdun eilte Cavaignac nach der Bretagne und der Vendee. Wie er in diesen Provinzen hauste, lebt noch in der Erinnerung der dortigen Bevölkerung. In seinen eignen Berichten an den Convent zeichnet er sich übrigens am besten selbst. So schreibt er am 6. Germinal des Jahres II, von einer ambulirenden Commission sprechend, die ihn auf seinen Rundreisen begleitete: „Der Patriotismus dieses Tribunals ist uns die sicherste Garantie, daß die Köpfe aller hiesigen Aristokraten nach und nach auf dem Schaffot fallen werden.“

Großbritannien.

London, 16. Sept.

Der jetzt erschienene Bericht des zur Prüfung der Voranschläge für die Marine, die Armee und das Artilleriedepartement niedergelegten

Comité des Unterhauses gibt die Höhe des diesjährigen Marinebudgets auf 7,951,842 Pf. St. an, 114,044 Pf. mehr als voriges Jahr. Es ist regelmäßig gestiegen, seit 1835—36, wo es bloß 4,434,783 Pf. war und von 1828 an sich allmählig vermindert hatte. Nach den einzelnen Departements vertheilt kommen 1,425,380 Pf. auf Löhne für Matrosen und Marinesoldaten, 1,511,671 Pf. auf Vorräthe in den Arsenalen und Magazinen; 688,601 Pf. für neue Bauten und Ausbesserungen; 729,740 Pf. für Halbsold; 510,288 Pf. für Pensionen und Zulagen für Militärs; 155,044 Pf. für Pensionen und Zulagen für Civilangestellte. Die sämtliche Mannschafft besteht aus 35,000 Seeleuten und Marinesoldaten auf dem Meere, und 8000 Marinesoldaten zu Lande. Am 1. März waren im activen Dienst 235 Schiffe, von denen aber 25 zurückberufen waren oder abgelohnt worden sollten, sodas für den permanenten Dienst auf allen Stationen für dieses Jahr nur 210 Schiffe bleiben. Davon kommen auf die Station Ostindien 17 Schiffe und ein Receivingsschiff mit 3208 M. Vier davon sind Dampfschiffe, die übrigen sind in Neuseeland, China und Bombay stationirt und haben auch den Dienst für Australien zu verrichten. Die ostindische Compagnie besitzt ungefähr 20 Kriegsdampfer. Für die beiden Stationen im Stillen Ocean und an der Ostküste von Südamerika fehlt eine genaue Angabe; es sind ungefähr 30 Schiffe dort. An der Westküste von Afrika befinden sich 24 Schiffe mit 2470 M. zur Unterdrückung des Sklavenhandels; auf der Capstation 9 Schiffe mit 1715 M. Die Station von Nordamerika und Westindien zählt 10 Schiffe mit 1717 M., ist aber für ihren Zweck, den ganzen Strich von Caracas bis Neufundland zu beaufsichtigen, zu schwach. Im Mittelländischen Meere stationiren 25 Schiffe mit 6973 M. Zu diesen sechs Außenstationen kommt noch die Kanalflotte, aus drei Linien Schiffen und einer Anzahl anderer Fahrzeuge bestehend. Außer einigen Schiffen in außerordentlichem Dienst und in den englischen Häfen besteht der Rest aus Packetbooten, Fahrzeugen zur Aufnahme der Küsten u. s. w. Auffällig erscheint, daß 1841, wo ebenfalls 43,000 M. in Dienst waren, die Durchschnittslöhnung 36 Pf. St. 3 Sch. 11 P war, während sie jetzt 38 Pf. St. 15 Sch. 3 P. ist. Dies rührt von der größern Anzahl der Dampfschiffe her, deren Besatzung z. B. am Bord des Samsen im Durchschnitt 40 Pf. St. pr. Kopf im Jahre kostet, während am Bord des Linien Schiffes St. Vincent auf den Kopf im Durchschnitt 28 Pf. St. kommt. 1841 waren bloß 16, jetzt sind 50 Dampfer in activem Dienst. Die Löhnung für einen ausgelerneten Matrosen ist 1 Pf. St. 14 Sch. monatlich. Die Ernährungskosten für den Monat sind pr. Kopf 1 Pf. St. 7 Sch. 3 P. Ein Linien Schiff erster Klasse mit 1000 M. kostet jährlich an Löhnung 25,743 Pf. St.; an Proviant 17,766 Pf. St., zusammen 43,509 Pf. St. Ein Schiff zweiter Klasse mit 850 M. für Löhnung 22,028 Pf. St.; für Proviant 15,101 Pf. St., zusammen 37,129 Pf. St. Ein Schiff dritter Klasse mit 500 M. für Löhnung 13,617 Pf. St.; für Proviant 8883 Pf. St., zusammen 22,500 Pf. St. Ein Schiff vierter Klasse mit 240 M. für Löhnung 7856 Pf. St.; für Proviant 4264 Pf. St., zusammen 11,620 Pf. St. Eine Dampfloop mit 160 M. für Löhnung 5467 Pf. St., für Proviant 2842 Pf. St., zusammen 8309 Pf. St. Ein Dampf Schiff mit 80 M. für Löhnung 2691 Pf. St.; für Proviant 1421 Pf. St., zusammen 4112 Pf. St. Die Unterhaltungskosten eines Schiffes von 80 Kanonen mit 750 M. sind für ein Jahr: 19,812 Pf. St. an Löhnung; 13,325 Pf. St. an Proviant; 3201 Pf. St. für Takelage, Segel und Vorräthe (mit Ausnahme des Geschüzes), 3660 Pf. St. für Abnutzung des Rumpfes, zusammen 39,998 Pf. St.

— Die Flotte Sir Ch. Napier's begibt sich nach Devonport, wo sie weitere Ordre erwartet.

— Aus Irland werden keine neuen Bewegungen gemeldet und die Ruhe scheint vollkommen wiederhergestellt zu sein, obgleich die Bereitwilligkeit, mit der bei der Nachricht von einem neuen Aufstande das Landvolk bewaffnet nach den Sammelplätzen eilte, ein bedenkliches Symptom ist.

Niederlande.

Gestatten Sie, schreibt man der Deutschen Zeitung aus Amsterdam, einem in der Fremde wohnenden Landsmann; Ihren Lesern eine Schilderung der Gefühle zu entwerfen, die sich bei dem Eintreffen der erschütternden deutschen Nachrichten seiner bemächtigt haben. Schmerz ist das richtige Wort nicht, auch nicht Trauer, sondern bittere Demüthigung; Demüthigung, daß Preußen einen solchen Waffenstillstand abschließen mußte und konnte; Demüthigung, daß unser Parlament einen im Namen Deutschlands bona fide abgeschlossenen Vertrag dem Auslande gegenüber zu desavouiren beschloß; und bittere Demüthigung bei der Entdeckung, daß ein Beschluß der frankfurter Versammlung, welcher halb Europa mit Krieg bedrohte, den ausländischen Börsenbarometern so wenig berührte, daß fast überall die Fonds beim Eintreffen der Nachricht $\frac{1}{2}$ Proc. in die Höhe gingen. Wenn in der letzten Zeit in Paris ein Zeitungschreiber kriegerischen Humors war, tischte er einen Artikel von Intervention auf und Consols, Renten, Integrale fielen um 1 Proc.; hier beschloß Deutschlands Versammlung den Krieg, und

man tha
kann nich
genblick
Schatten
will ein
werden;
mäde, un
lung nac
in Deutsc
wir schon
und freud
Ruth un
kurzem d
bin kein
Worte ill
„Confere
meß Deur
ren Spalt
bisherigen
blicken, so
den Zeich
zeugung,
ständigun
ihnen vor
werden; a
„Muster

Δ Kon
Festlichkeit
selbe Sing
schen Sin
Flagge be
der deut
fahr, die
und Baier
den Palais
sich Graf
entfernten
rus einige
österreich
her eine p
auch mehre
ständigere
ter ist jezt
ron Häbsh
35 Jahre r
selbst aufge
der verlass
terchaft We
digt hat.
Ungelegen
Pforte abg
Ob es
Donau-F
recht untern
Großherrn
umkehren m
hier angeno
Erstaunen,

In unserm A

Fortisch

Ca

Or. 8.

Der erste
des Verkehrs
neueste Zeit
daraus zu glei
gut sind, ode

man hat im Ausland, als wäre gar nichts passiert. So ein Zustand kann nicht dauern; für die Centralgewalt ist jetzt der entscheidende Augenblick gekommen: To be, or not to be, that is the question. Eine Schattengewalt kann Deutschland nicht gebrauchen: entweder das Volk will ein einiges großes Deutschland, und dann wird es auch geschaffen werden; oder es war der Ruf der letzten fünf Monate nur eine Chimäre, und dann kann der Reichsverweser abdanken und die Versammlung nach Hause gehen. Aber das gebe Gott nicht! rufen Millionen in Deutschland; das verhöte Gott! rufen auch wir in der Fremde, die wir schon den bisherigen 38 Vaterländern den Abschied gegeben und uns freudig und wonnetrunken dem großen deutschen Vaterlande in die Arme gestürzt hatten. Darf ich es Ihnen gestehen, ich habe immer Muth und Vertrauen gehabt, ich habe gehofft, so lange, bis ich vor kurzem das ominöse Wort „Congreß“ wieder auftauchen sah. Ich bin kein Pessimist, kein Wähler, kein Republikaner, aber bei diesem Worte überfiel mich eine schwermüthige böse Vorahnung. Eine einzige „Conferenz“, ein Congreß, und ein „Protokoll“ und — gute Nacht, armes Deutschland! — Gönnen Sie diesen wenigen Zeilen Raum in Ihren Spalten, und wenn Sie darin einen allzu gewagten Sprung eines bisherigen Anhängers des rechten Centrums zum linken Centrum erblicken, so schieben Sie die Schuld auf die immer größer hervortretenden Zeichen des Particularismus und auf die leider gewonnene Ueberszeugung, daß bei Fürsten und Regierungen der gute Wille der Verständigung zu fehlen scheint, welchen die gemäßigte Partei so gern bei ihnen vorausgesetzt hat. Der dänische Waffenstillstand muß ratificirt werden; aber ebenso muß nach der Ratification über die Einzelstaaten „Musterung gehalten werden.“

Türkei.

Δ Konstantinopel, 6. Sept. Vorgestern hatten wir hier eine Festlichkeit, welche den hiesigen Deutschen sehr zur Ehre gereicht. Derselbe Singverein, welcher schon vor einigen Wochen seinen echten deutschen Sinn bei Begrüßung der ersten hier angekommenen deutschen Flaggelokale bekundete, veranstaltete eine Feier zur Verherrlichung der deutschen Einheit. Es zogen zu dem Behufe 2—300 Deutsche, die Fahnen voran, mit Personification von Oesterreich, Preußen und Baiern durch drei Knaben und mit Musik von Pera aus, wo an den Palais der betreffenden Gesandtschaften Halt gemacht wurde und sich Graf Perponcher persönlich anschloß, nach dem eine halbe Meile entfernten Babel, wo im Garten des Hrn. Schneider am Bosphorus einige Zelte aufgeschlagen worden und auch die Mannschaft der österreichischen Corvette sich einfand. Hier wurde vom Grafen Perponcher eine passende Anrede aus dem Stegreife gehalten, und nachdem auch mehrere deutschgesinnte Damen erschienen waren, getanzt und in anständiger, gemüthlicher Heiterkeit der Tag beschloß. — Weniger heiter ist jetzt die hiesige dänische Gesandtschaft gestimmt. Der Baron Häbsch (mit zahlreicher Familie), welcher diesem Posten nun schon 35 Jahre mit Ehren vorgestanden, sieht sich plötzlich mit dem Posten selbst aufgehoben. — Ibrahim-Pascha hat uns am 3. Sept. wieder verlassen, nachdem er zwei Tage vorher feierlich mit der Statthaltertschaft Aegyptens vom Großherrscher belehnt worden und diesem gehuldigt hat. Der Minister des Handels Mazlum-Bey hat diese ganze Angelegenheit meisterlich geleitet und so ein drohendes Unwetter von der Pforte abgewendet.

Ob es der Pforte eben so gelingen wird, die Angelegenheit der Donau-Fürstenthümer zur Zufriedenheit Aller beizulegen? Sind wir recht unterrichtet, so ist die hier angekommene Deputation nicht vor den Großherrscher gelassen worden, sondern sie hat unverrichteter Dinge wieder umkehren müssen; man spricht sehr von russischen Drohungen, welche hier angewendet worden. Ob nicht auch einige Kubel? Es ist zum Erstaunen, wie viel russisches Geld hier circulirt. Man sieht fast eben

so viel russische ganze, 1/2, 1/4, 1/8-Kubel als türkische Münzen. Das Journal de Constantinople ist voll von den Festlichkeiten, welche in Bukarescht dem Commissar der Pforte Suleiman-Pascha und dem Großherrscher zu Ehren stattgefunden. Nichtsdestoweniger sind am 31. Aug. wieder 800 Mann per Dampfschiff nach Varna abgegangen und noch 800 Mann gehen nach Galacz mit dem Eloyddampfschiff. Nach letzterem Punkte werden auch 3 Kriegskutter abgefandt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Nach Berichten vom 30. Aug. aus Newyork wird bereits eine Privatexpedition zur gewaltsamen Colonisirung oder Annexion der nördlichen Grenzprovinzen Mexico um die Sierra Madre im Südwesten der Vereinigten Staaten vorbereitet, obgleich die Regierung droht, diesen Friedensbruch gegen eine jetzt befreundete Macht nicht dulden zu wollen. Van Buren hat die Candidatur für die Präsidentenwahl angenommen. Einemati war der Schauplatz eines ernstlichen Aufstands, indem ein Haufen von einigen Hunderten mehr Gefangene dem Kerker entreißen wollte, um Lynchjustiz an ihnen auszuüben. Es wurde auf die Angreifenden geschossen und mehre sind getödtet. General Lane ist zum Statthalter von Oregon ernannt.

Neueste Nachrichten.

* Frankfurt a. M., 18. Sept. Um 6 Uhr Abends. Eine Waffenruhe von 1/2 Stunde zu erzielen ist Mitgliedern der Linken gelungen, sie wird hoffentlich zum Frieden führen. Schon um 2 Uhr hatten die Abgg. Blum, Schilling und Simon im Ministerium um Zurückziehung der Truppen gebeten. Es wäre dann wol kein Aufstand zum Ausbruch gekommen. Das Ministerium war aber dazunicht geneigt; ja es soll an eine Nothwendigkeit des Kampfes geglaubt haben. Er begann auch wirklich. Gegen 4 Uhr, als noch keine vertheidigte Barricade genommen war, eilten eine Anzahl Abgeordnete zum Reichsverweser und baten ihn, dem Blutvergießen ein Ziel zu stecken. Er gab auch eine schriftliche Erklärung seines Wunsches, in Güte beizulegen was möglich sei, und stellte sie dem Abg. Madaux ja. Man eilte damit ins Ministerium. Dieses verweigerte aber eine Waffenruhe; verweigerte veröhnende Schritte. Gest auf die entschiedensten Erklärungen der Abgeordneten und die Hinweisung auf die schwere Verantwortlichkeit der Herren, bewilligte man Waffenruhe für eine halbe Stunde, die Abgg. Griener, v. Trübschler, Köster, Simon u. A. vermittelten das mit Lebensgefahr. Inzwischen gingen die Abgg. Heubner, Blum, Löwe u. A. nochmals zum Reichsverweser, setzten ihn von der Weigerung der Minister in Kenntniß und baten ihn, in die Stadt zu kommen. Dies hat er auch zugesagt und Hrn. v. Gagern zu sich bestellen lassen. Hoffentlich wird des Kampfes ein Ende.

Wissenschaft und Kunst.

Nachrichten aus Berlin widersprechen aufs entschiedenste der an einigen Orten verlaublichen Angabe, daß Barnhagen von Ense damit umgehe, die Briefe von Charlotte Diede an Wilhelm v. Humboldt mit einer Vorrede herauszugeben. Derselbe ist nicht im Besitze dieser Briefe, hat nie ein Blatt davon gesehen und glaubt versichert zu sein, daß der Empfänger selbst sie verbrannt hat, sowie auch die Autobiographie, welche denselben beigelegt war.

Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n .

In unserm Verlage ist soeben erschienen: [3033]

Der Fortschritt des Zollvereins
von
Carl Junghanns.
Gr. 8. Geh. Preis 3 Thlr. 20 Ngr.

Der erste Zweck dieses Buches ist, eine Geschichte des Verkehrs des Zollvereins in Zahlen bis in die neueste Zeit zu liefern; sein zweiter, Folgerungen daraus zu ziehen und zu zeigen, wo die Verhältnisse gut sind, oder wo nachgeholfen werden muß; sein

dritter, allen irrigen Behauptungen für immer ein Ende zu machen, und wenn deren noch austauschen sollten, in den Stand zu setzen, durch Nachschlagen augenblicklich von deren Unwahrheit sich überzeugen und ohne Mühe darauf antworten zu können; sein vierter, den Verkehr des Zollvereins mit dem Oesterreich, Frankreich und Englands zu vergleichen, um auch hier irrigen Behauptungen begegnen und daraus auf die Zweckmäßigkeit und die Wirkungen der so verschiedenartigen Zoll-Gesetzgebungen schließen zu können; sein fünfter endlich, Anwendungen zu geben, die vielleicht nicht ganz überflüssig werden würden und zum Zusammentritt aller deutschen Staaten beitragen werden.

Leipzig, den 19. September 1848.

Weidmann'sche Buchhandlung.

In der **J. G. Salve'schen** Verlagsbuchhandlung in Prag ist soeben in Commission erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Kreuzbrunnen
und
seine Heilwirkungen.
Eine Monographie

von **Dr. S. B. Luca,**

praktischem Arzte in Marlenbad und correspondirendem Mitgliede der Gesellschaft für Natur und Heilkunde zu Dresden etc.
Zweite vermehrte u. verbess. Auflage 1848.
10 Bog. Gr. 8. Geh. 1 fl. C. M. — 18 gr.

Die Gegenwart.

Eine

encyclopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände.

Dieses Werk, für dessen Ausführung die tüchtigsten Gelehrten und Publicisten des In- und Auslandes gewonnen sind, hat die encyclopädische Behandlung der neuern und neuesten Zeitgeschichte in Kunst und Wissenschaft, im socialen und politischen Leben zur Aufgabe. Dasselbe wird nicht nur eine vollständige Uebersicht der Thatsachen und Persönlichkeiten gewähren, sondern auch durch lebendige Auffassung und gedankenvolle Verarbeitung des Stoffes den Entwicklungsgang unserer Zeit zu zeichnen und den Zeitgenossen das Verständniß der Epoche zu vermitteln suchen.

Das Unternehmen trägt den Charakter eines selbständigen, in sich abgeschlossenen Werkes, ist jedoch zugleich als ein Supplement zu allen Ausgaben des

Conversations-Lexikon,

sowie als eine Neue Folge des so sehr verbreiteten

Conversations-Lexikon der Gegenwart

zu betrachten.

Inhalt des ersten bis sechsten Hefts:

Die französische Revolution vom Februar 1848. — Das deutsche Volk in seiner Verbreitung über die Erde. — Die socialen Bewegungen der Gegenwart. — Das Planetensystem der Sonne nach den neuesten Entdeckungen. — Die preussischen Ostprovinzen und ihre Weltstellung. — Das volksthümliche Heerwesen. — Die geographisch-politische Weltlage Italiens. — Bayern und sein König Ludwig I. — Der christliche Staat. — Der pariser Straßenkampf vom Juni 1848. — Staatsdienst und Staatsdiener. — Schamil und der heilige Krieg im Osten des Kaukasus. — Der Socialismus und Communismus in Frankreich. — Die Realschulen oder höhern Bürgerschulen. — David Friedrich Strauß. — Die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in Deutschland.

Das Werk erscheint in Heften zu 5 Ngr., deren zwölf einen Band bilden; monatlich werden zwei bis drei Hefte ausgegeben. Das erste bis fünfte Heft sowie ausführliche Anzeigen sind in allen Buchhandlungen zu erhalten.

Leipzig, im September 1848.

F. A. Brockhaus.

Verlag der Decker'schen Geheimen Oberhofbuchdruckerei.

Neue Berliner Zeitung.

Die Neue Berliner Zeitung erscheint täglich zwei Mal, Morgens und Abends, und wird bemüht sein, alle bis zum Anfange des Druckes einlaufenden politischen Nachrichten, namentlich die Ereignisse der Hauptstadt, sofort mitzutheilen.

Mit der politischen Zeitung sind ausführliche Berichte über Handel und Verkehr verbunden. Es wird Alles geschieht, um so früh und so genau als möglich die neuesten Nachrichten zu bringen. Besonders werden die auswärtigen Börsen-Berichte, welche im Laufe des Tages eingeht, und die hiesigen Börsen-Nachrichten unmittelbar vor Schluss des Abendblattes aufgenommen, und auf diese Weise am frühesten verbreitet. Ueber Märkte, Eisenbahnen und Verkehr wird ausführlich berichtet und dem Bedürfnisse der handel- und gewerbetreibenden Leser möglichst entsprochen werden.

Die Redaction unseres Blattes ist verstärkt und einer neuen Leitung übergeben. In allen Gegenden Deutschlands, in den meisten Hauptstädten Europas sind bereits unterrichtete Mitarbeiter in Thätigkeit, und der Verleger (und alleinige Eigentümer) der Zeitung bringt jedes Opfer, um von allen Seiten die vorzüglichsten Männer für das Unternehmen zu gewinnen. Die strengste Wahrhaftigkeit, die möglichste Unparteilichkeit ist die erste Pflicht, welche wir jedem Berichterstatter auferlegen.

Unser Blatt ist völlig unabhängig; wir stehen unter keinem andern Einflusse, als dem unserer Ueberzeugung. Wir halten fest an der großen Errungenschaft dieses Jahres, an allen lang entbehrten Freiheiten des Volkes. Als beste Bürgschaft dafür betrachten wir in unserm Vaterlande das verfassungsmäßige Königthum auf wahrhaft volksthümlicher Grundlage.

Der Pränumerationspreis ist 1 Thlr. 15 Sgr. vierteljährlich, außerhalb bei allen Königl. Preussischen Postanstalten. Bestellungen auf das am 1. October d. J. beginnende Vierteljahr wolle man recht zeitig machen. Berlin, 15. Sept. 1848.



Königl. Sächs. privil. Dampf-Schiffahrt zwischen Dresden und Prag.

Regelmäßiger Dienst:

Täglich früh 6 Uhr nach allen Stationen der sächs. Schweiz, Zettischen, Ruffig (Zeplich), Leitmeritz und Prag.

Täglich Nachmittags 2 Uhr nach Pilsnitz bis Sandau.

Preise nach Prag: I. Kajüte 4 Thlr. II. Kajüte 3 Thlr.

Unsere drei neuen schnell fahrenden Dampfboote sind zur Sicherheit der Reisenden sämmtlich mit Niederdruck-Maschinen versehen. — Für billige solide Bewirthung am Bord der Schiffe ist gesorgt.

[3049]

Die Direction.

Berichtigung.

Der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 16. Sept. 1848, Nummer 260, wird von ihrem G.-Correspondenten (Berlin den 14. Sept.) aus Frankfurt a. D. von „schlimmen Conflicten unter dem dortigen Militair“ berichtet, die stattgefunden hätten. Der unterzeichnete Commandeur des in Frankfurt a. D. seit Wochen allein garnisonirenden Bataillons nimmt Veranlassung, hierauf zu erklären: daß daran nicht ein wahres Wort ist.

Frankfurt a. D., den 18. September 1848.

Harmes,

Major und Commandeur des 1. Bataillons Königlich Preussischen 10. Infanterie-Regiments.

In der Schnuphase'schen Buchhandlung in Altenburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Der Unterricht in nationaler und zeitgemässer Hinsicht. Gr. 8. Brosch. 12 Ngr. (2916-18)

Im Verlage von Joh. Urban Kern in Dresden ist erschienen:

Die Westize.

Novelle von Carl Lütke.

8. Velinp. Geh. 22 1/2 Sgr.

Der Verfasser führt, in eine spannende Erzählung verflochten, Charaktere und Sitten der südlichen Staaten Nord-Amerikas in lebendiger Schilderung vor. [3028]

Theater der Stadt Leipzig.

Donnerstag, 21. Sept. **Jeffonda**, Oper in 3 Acten von Gehe, Musik von Louis Spohr.

Freitag, 22. Sept. Zum ersten Male: **Der Pfarrer**, Original-Schauspiel in 5 Acten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Wilhelm Bertrand in Leipzig mit Frä. Emilie Becker.

Getraut: Hr. Wilhelm Eduard Pickenhahn in Leipzig mit Frä. Auguste Amalie Häthel.

Geboren: Hrn. Advocat Dr. Altpi in Dresden ein Sohn. — Hrn. Oberförster Edmund Braun in Lieberose ein Sohn. — Hrn. Hugo Werbach in Dresden ein Sohn. — Hrn. C. A. Schröder in Leipzig eine Tochter. — Hrn. Pastor Herm. Steinhäuser in Planschwitz eine Tochter.

Gestorben: Frä. A. M. Lucius in Glesenstein.

Freit
Leipzig
ersch
zu bez
Postäm
Deuts
furt a
Frank
Zuständ
mer, die
zig. D
die Zus
Postäm
und Ge
Preusse
Berlin.
ralmajor
+ Köln.
Grenz
Oesterre
Handel
Ankünd
* Fran
deutsche
nen gegen
unter And
nen Sitz g
men habe
men lassen
Galerien.)
stören, we
der Würde
den Herzog
in der Näh
berholten
Marek rech
Schluß der
Abstimmung
nommen h
Majorität
habe die Ab
und habe
er wäre abe
ausgesproch
chen; da er
der Geschäft
berechtigt ge
lung, die i
worden: Na
verweiser ih
interimistisch
erfordere, die
bis ein neue
ster Frist erf
tigen Angeleg
v. Schmerlin
v. Beckerath
lichen Arbeit
liest ein Sch
anzeigt. Da
Floskel „Ew
er sich freilich
Abg. B
rium zu richt